

## Hitlers „Weisen von Zion“

### Geschichtsquelle des „Führers“ als Schundliteratur entlarvt

Fast eine Woche lang hat man vor dem Gericht in Bern im Prozeß über die „Weisen von Zion“ verhandelt. Was man die Berichte, so glaubte man sich in eine Gespensterrichtung verfehlt. Um eine längst erwiesene Fälschung, die vor Jahrzehnten im zaristischen Rußland von der Schrana fabriziert wurde, gankelte der Höllenpud unserer Zeit. Man sah in die Produktionswerkstätte der Geschichtslüge und verfolgte die Wegspur des literarischen Schmutzes, beginnend beim kleinen Provokatoren und mündend beim Diktator. Das Berner forensische Ereignis gehört zu den großen säkularen Prozessen, die ihre Epoche enthüllen.

Sein Ausgang steht fest, obwohl er bis Mitte Dezember vertagt wurde. Die „Deutsche Freiheit“ hat die Aussagen der Zeugen und Auszüge aus den Gutachten der Sachverständigen veröffentlicht. Das Gericht hat mit einer Gründlichkeit nachgeprüft und die Beweisaufnahme in einem Umfang ausgelassen, die im Gegensatz zu der Belanglosigkeit der Angeklagten, einigen Schweizer Frontisten, standen. Das Gutachten von Professor Baumgarten umfaßte 120, das von Dr. Losdki 200 Seiten. Jetzt soll noch ein Experte der Angeklagten, ein Oberkonsulent a. D. namens Fleischhauer aus Mitteldeutschland, Einsicht in die Akten erhalten. Der auch vorgeschlagene berühmte Pfarrer a. D. Wänghemer, nder Judentöter von Borkum, war von der Post unanfindbar. Er lebt also noch. Bünath hat er das Jubiläum seiner sechshundertsten Gebohrtenfeier begangen.

### Fälschung und Schundliteratur

Wie urteilten die Sachverständigen. Gelehrte mit untadelhaft rasserem Stammbaum? Die Protokolle seien eine „notoriische Fälschung“, um Judenpogrome in Rußland heranzufordern, sagt Professor Baumgarten. Sie bilden in der vorliegenden Publikation von Fritzsch einen „Beitrag zur Schundliteratur“. Aus den bisher nur in kurzen Auszügen veröffentlichten Gutachten von Dr. Losdki geben wir folgende Stellen wieder.

Am Grund von Urkunden steht fest, daß die Sammlung von Grundlagen für die Fälschung der „Protokolle“ bereits im Jahre 1881 begann. Es besicht jedoch die Wahrscheinlichkeit, daß die Sammelarbeit der russischen politischen Geheimpolizei, der Schrana, schon früher begonnen hat. Als erwiesen ist zu betrachten, daß die „Protokolle“ in ihrer annähernd endgültigen, französischen Fassung unter der Anleitung Natschkowskys, Leiter der russischen politischen Geheimpolizei im Ausland, im Jahre 1905 in Paris angefertigt und später noch ergänzt wurden. Die Fälschung diente internen russischen Motiven und sollte dem Jaren beweisen, daß die Juden es seien, welche sich gegen die damalige russische Staatsverfassung verschworen und die jüdische Welt Herrschaft anstrebten. Der Fälscher Natschkowsky ist eine düstere Gestalt, die erwiesenermaßen auch in anderen Fällen von Fälschungen und Provokationen nicht zurückblieb. Der Text der „Protokolle“ wurde dann später noch von S. A. Milus erweiternd gefälscht.

Die Frage, ob Beweise vorliegen, daß die „Protokolle“ aus politischen Motiven gefälscht worden sind, muß be dingungslos bejaht werden. Der Sachverständige stellt in Uebereinstimmung mit einer im Jahre 1921 von der großen englischen Zeitung „Times“ durchgeführtem Untersuchung fest, daß die „Protokolle“ jüdenfeindlichen und anderen politischen Zwecken dienen. Ohne die „Protokolle“ wäre dies nicht oder dann nur in viel geringerem Maße möglich gewesen. Sie boten den Anlaß zu Judenpogromen und schürten im Volke, namentlich im nationalsozialistischen Deutschland, den Haß gegen das Judentum. Die Verbreitung dieser Schrift hat also überall, wo sie sich auswirkte, furchtbare Folgen gehabt.

Nicht eine Behauptung der Befürworter der Echtheit der „Protokolle“ hält einer unbefangenen, ernsthaften Prüfung stand. Ueberall, wo der Wahrheitsbeweis versucht wird, verwandeln sich die Beweisführer in Widersprüche. So ist es gelangt, einen Gewährsmann festzuhalten, erweist er sich bei näherem Zusehen ausnahmslos als ein Mensch von recht zweifelhaftem sittlichem Wert, wenn nicht gar als Berufsfälscher oder Verbrecher.

Außer der bereits erwähnten Hauptquelle der „Protokolle“, nämlich das 1864 erschienene Buch von Joly „Dialogues aux Enfers entre Machiavel et Montesquieu“, ist als wesentliche Quelle u. a. der Roman „Diarrh“ des antisemitischen Schriftstellers Guediche, genannt Sir John Retcliffe, im Abschnitt „Der Judenfriedhof in Prag“ zu bezeichnen. Dieser Roman erschien bereits im Jahre 1868.

Der Sachverständige kommt zu dem Schluß, daß die „Protokolle“ in literarischer Hinsicht unter den Begriff der Schundliteratur fallen, und zwar unter die schlimmste Sorte der Schundliteratur, die darin besteht, in verlesenerischen, unterliegenden Trüderzeugnissen, bewußt und gewollt, darauf auszugehen, ihre Leser zu verrohen, die Sittlichkeit und Rechtschaffenheit zu erschüttern, gräßliches Mergernis zu erzeugen und das Schamgefühl, wie das Gewissen ihrer Leserschaft dermaßen irre zu führen und zu betäuben, daß sie sich zur Begehung von eigentlichen rechtswidrigen Handlungen bereit finden läßt.

Mit diesen „Weisen von Zion“ haben die nationalsozialistischen Führer ein Volk in eine wilde Verzweiflung und Wahnmisshäre gedrängt. Mit der Behauptung, daß die Juden, den Baseler „Protokollen“ gemäß, gewalttätig nach einer absoluten Welt Herrschaft streben, wurden Rechte und Menschen vernichtet und dem kleinen Mörder die Waffe in die Hand und den Glauben an die „Moral“ seines Landes zerstört.

### An der Wiege des „dritten Reiches“

Vergessen wir nicht: die „Protokolle der Weisen von Zion“ waren, sind und bleiben ein literarisches Dokument des „dritten Reiches“. Es steht in jeder besseren braunen Bibliothek. Es ist Informationsquelle und Lehrmittel für die Instruktionen von SA, SA und SS. Es fügt zu den Beweisen über die jüdische Verworfenheit noch das schöne, zur Aktion anspornende Orakel hervor.

Die Weisen von Zion stehen sogar an der Wiege des „dritten Reiches“. Der „Führer“ und Reichsführer hat sie selbst inthronisiert, die neuen Könige aus dem Morgenlande zu Füßen des Hakenkreuzes. Es gibt in Hitlers „Mein Kampf“ zahlreiche Stellen, in denen sich der Autor immer wieder auf die „Protokolle“ beruft. Er steht (Seite 197, Ausgabe 1930) in den Behauptungen, daß sie gefälscht seien, „gerade den Beweis für ihre Echtheit“. Sie setzten „mit geradezu grauenerregender Sicherheit das Wesen und die Tätigkeit des Judentums“.

### Der „Führer“ - von den „Weisen“ insp'riert?

Aber das ist nicht alles. In der „Deutschen Freiheit“ hat zu Beginn dieses Jahres ein Naziführer-Emigrant überzeugend nachgewiesen, daß das deutsche Volk „Führer“ die „Weisen von Zion“ nicht nur benutzte, um die Niedertracht der Juden zu belegen. Dieses Teufelswerk hat anscheinend eine noch viel tiefere Wirkung gehabt. Ganze Parteien aus den „Weisen von Zion“ lesen sich wie markante Stellen aus Hitlers Reden. Die durch Fälschung den Juden untergeschobene Staats- und Moralauffassung hat eine geradezu sensationelle Ähnlichkeit mit den nationalsozialistischen Machtpinzipien im heutigen braunen Alltag.

Wir geben einige Beispiele:

„Weisen von Zion“, II, 11. und III. Wenn die Fügung der Verwaltung am Boden scheitert, dann erhebt sich nach den Naturgesetzen eine neue Hand die Fügung und zieht sie an; denn die blinde Masse des Volkes kann nicht einen Tag lang ohne Führer sein. Die neue Macht tritt an die Stelle der alten, welche der Liberalismus zermürbt hatte... Der große Haufe, der sich ausschließlich von leichten Leidenschaften, Abgesehen, Gewohnheiten, Ueberlieferungen und gefühlvollen Verträgen leiten läßt, vertritt sich in den Parteigeist, der jede Möglichkeit einer Verständigung ausschließt, wenn sie auch auf Grund gesunder Vorschläge angebahnt wird... Unser Recht liegt in der Stärke. Das Wort „Recht“ ist ein künstlich gebildeter und durch nichts beweisbarer Begriff. Er bedeutet nicht mehr als: „Gibt mir, was ich wünsche, damit ich einen Beweis dafür habe, daß ich stärker bin als ihr.“ Wo längt das Recht an, wo hört es auf? In einem Staate, in welchem die Macht schlecht geregelt ist, in welchem die Gerechtigkeit und der Herrscher durch zahlreiche Befehle des Reichstums machtlos geworden sind, schöpfe ich ein neues Recht, mich nach dem Rechte des Stärkeren auf die Verwaltung zu stützen, meine Hand auf die Befehle zu legen alle Einrichtungen umzubilden und der Herr derer zu werden, die uns ihre Macht freiwillig aus „Liberalismus“ überlassen haben.

(Fortsetzung von Seite 2.)

## Ende des Bürgerfriedens

Der Riß im Kabinett Doumergue

Paris, 7. November.

Das Ende des Kabinetts Doumergue ist da. Ueber den gestrigen Kabinettsrat ist ein amtliches Kommuniqué ausgegeben worden, dessen Inhalt nichtslugend ist. Kein Wort steht darin von der einzigen aktuellen Frage: „Sind die radikalsozialistischen Minister weiter bereit, Doumergue zu stützen?“ Dennoch war die Entscheidung in dem kurzen Kabinettsrat, der unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Lebrou stand, bereits gefallen: gegen Doumergue.

Die Sitzung verlief dramatisch.

Ministerpräsident Doumergue hatte sein Exposé vorgelesen und seinen Mitarbeitern ausführlich begründet, warum er von der Kammer die Stimmen zu 312 des Haushaltsplanes für 1935 verlangt, anstatt den Etat in der üblichen Weise vorzulegen und beraten zu lassen. Dann bekam Herriot, der Führer der Radikalsozialisten, das Wort.

Zunächst sprach Herriot dem Ministerpräsidenten seine persönliche Wertschätzung aus, schloß aber dann mit der Erklärung, daß er leider nicht in der Lage sei, Doumergue auf dem von ihm eingeschlagenen Wege zu folgen und in solchem Maße mit seinen Freunden die geforderten Zwälfstel ablehnen werde.

„In diesem Falle“, erwiderte Doumergue, „lehnen Sie die gesamte Politik ab, die die von mir geführte Regierung verfolgt, und ich muß Sie als entlassen betrachten.“

Bei dem Wort Entlassung sprang Herriot auf: „Allo, Herr Präsident, sagen Sie uns davon.“ „Ich sage Sie nicht davon“, erwiderte Doumergue. „Sie gehen ja selbst, fordern Ihre Entlassung, Sie werden die Verantwortung für den Bruch des Bürgerfriedens tragen.“

Jetzt gab es kein Zurück mehr. Herriot verließ sofort das Beratungszimmer und seine Mitarbeiter Verhault, Lamoureux u. a. m. schlossen sich ihm an. In einem Nachbargemach besprachen nun die radikalsozialistischen Minister die neugeschaffene Lage, während Innenminister Ruchonnet bei Doumergue geblieben war, um als Verbindungsmann die Vermittlung zwischen den Radikalsozialisten und der Regierung zu führen.

Es gewann auch den Anschein, als ob der Finanzminister Germain-Martin, der schon 24 Stunden vorher hatte zurücktreten wollen, geneigt sei, sich den radikalsozialistischen Ministern anschließen zu wollen. Dem Eingreifen des Außenministers Laval war es zu danken, daß es nicht sofort zu einem auch in der Öffentlichkeit in Erscheinung tretenden Bruch kam. So einigte man sich auf einem vom Präsidenten Lebrou ausgehenden Vermittlungsversuch, wonach die radikalsozialistischen Minister erst am Donnerstag offiziell zurücktreten werden. Dieser Ausweg wurde gewählt, damit die Regierung bei der gestrigen von Kammer und Senat veranfaßten Trauerkundgebung für Alexander I. von Jugoslawien, Barthou und Poincaré vollständig vertreten sein konnte, und dadurch diese Kundgebungen einen geschlossenen Eindruck machen konnten.

Die Nachricht vom Ende des Bürgerfriedens rief in der Kammer, wo sie bald nach Schluß der Trauerkundgebung bekannt wurde, ungeheure Erregung hervor. In Gruppen standen die Abgeordneten und Journalisten in den Wandelgängen und besprachen das Ereignis des Tages.

Man nimmt an, daß in der für Donnerstag vormittag angefaßten Kabinettsitzung die gesamte Regierung ihren Rücktritt erklären wird. Wahrscheinlich wird dann Präsident Lebrou Doumergue ersuchen, eine neue Regierung zu bilden. Wenn diese Regierung dann noch am Donnerstagabend gebildet sein würde, würde sie erst die Kammer-Auflösung fordern. Hierzu wäre nach der Verfassung die Zustimmung des Senats erforderlich. Sollte nun diese Lösung scheitern, dann, so wird versichert, würde Doumergue seinen Rücktritt fordern und Kriegsminister Marschall Pétain als seinen Nachfolger in Vorschlag bringen.

Von den Kandidaten, die sonst für die Ministerpräsidentschaft in Frage kämen, werden an erster Stelle Außenminister Laval, Kommerzpräsident Vuissou, der vor etwa einem Jahre aus der Sozialistischen Partei ausgeschlossen ist, und Minister Faubert, der Präsident der demokratischen Vereinigung, genannt.

Selbstverständlich hat der radikalsozialistische Handelsminister, der gestern abend zu Handelsvertragsverhandlungen nach Moskau abreisen wollte, seine Reise nicht angetreten.

# Herriot

## Entschließung der Radikalsozialisten

Paris, den 7. November.

In der vierstündigen Sitzung der radikalsozialistischen Kammerfraktion, die gestern unmittelbar nach der Kammer-Sitzung stattfand, gab Herriot von dem bevorstehenden Rücktritt der radikalsozialistischen Minister Kenntnis und sand für diesen Schritt bei der Fraktion volles Verständnis.

In einer Entschließung brachte die Fraktion zum Ausdruck, daß sie an der Politik des Burgfriedens festhalten wolle, aber den von Doumergue beabsichtigten Verfassungsänderungen nicht zustimme und die Bewilligung der Budgetwölfe ablehnen müsse.

# „Nieder mit Hitler!“

## Eine Demonstration in Irland

J. D. Am Montag, dem 20. Oktober, überreichte der neue deutsche Gesandte beim Irischen Freistaat, Herr von Kuhlmann, sein Beglaubigungsschreiben Herrn de Valera im Schloß Dublin. Den Gesandten begleitete vom Hotel aus eine Abteilung berittener Truppen, und die Zeremonie war feierlich und feierlicher, als Staatsanalogienheiten in Dublin sonst zu sein pflegen, bemerkt die „Times“. Während des Aufzugs rannte ein aufgeregter Mann vor der Kavallerie her. Er schwenkte ein Banner mit der Aufschrift „Down with Hitler“ (Nieder mit Hitler!). Polizei mußte den Demonstranten entfernen.

# Sieg Roosevelts

## Die amerikanischen Parlamentswahlen

New York, 7. Nov. Die Nachrichten über die Ergebnisse der Wahlen zum Bundesparlament sind noch unvollkommen, zeigen jedoch einen Sieg der Demokraten und damit einen großen Erfolg Roosevelts. Sowohl in dem Repräsentantenhaus wie in den Senat wird eine demokratische sichere Mehrheit eingehen.

# Hitlers „Weisen von Zion“

Fortsetzung von Seite 1

„Weisen von Zion“ 23 II, 24 II und IV, 25 I, 26 IV, 23 V, 26 III, 40 II, 41 I.

Nur eine Persönlichkeit, die von Jugend auf zur Selbstherrlichkeit erzogen wurde, kann die Worte verstehen, die aus einem politischen Missetäter zusammengesetzt sind... Nur eine selbstherrschende Persönlichkeit kann die Pläne der Staatsleitung in voller Klarheit in einer Ordnung ausarbeiten, die alles im Mechanismus der Staatsmaschine richtig verteilt. Hieraus folgt, daß die geeignete Staatsform eines Landes dort gefunden ist, wo die Leitung in der Hand einer verantwortlichen Persönlichkeit liegt... Nicht allein des Vorteiles wegen, sondern vor allem an ihm Namen der Pflicht, des Sieges halber, müssen wir festhalten an der Anwendung von Gewalt und Heuchelei... Die Ablehnbarkeit der Volkswahlrecht gab diese in unsere Gewalt und machte Erneuerung gleichsam von uns abhängig. (Mun. d. Berl.; Ziele Aufstellung der NSDAP-Wahlzettel!)... Was der Staatsmann sagt, braucht keineswegs mit dem übereinzustimmen, was er tut... Das Volk liebt und verehrt die Hochgeister unter den Staatsmännern; es beurteilt ihre Betätigung in folgender Weise: „Das war niederträchtig, aber sehr geschickt! Ein Bannerstreich, aber großartig ausgeführt! Mit welcher Freiheit!“ (Welche Voraussetzung des 30. Juni! Red. d. „D. Z.“). ... Der Plan unserer Zeitung muß fertig aus einem Kopfe hervorgehen; denn er kann niemals feste Gestalt annehmen, wenn unzählige Köpfe daran arbeiten wollen. Deshalb ist es uns zwar erlaubt, zu wissen, was ausgeführt werden soll, wir dürfen die Vorschriften aber niemals als einer Verurteilung unterzeichnen... Unmerklich werden die letzten Spuren jeden verfassungsmäßigen Rechtes verschwinden, bis schließlich die Zeit gekommen sein wird, in der wir offen jede Regierungsgewalt im Namen unserer Selbstherrlichkeit an uns reißen.“

Tugend solcher Stellen gibt es in den „Weisen von Zion“. Stehen wir hier an der Schwelle der nationalsozialistischen Propaganda? Ist die massenpsychologische Konzeption des deutschen Aufbruchs, ist die theoretische Begründung der Führermacht in den Amisstudien der russischen Chrona erzeugt worden? Was die Nationalsozialisten auf Grund der gefälschten Protokolle dem Weltjudentum unterstellen, haben sie in ihrer eigenen Apotheke zur Vernebelung des deutschen Volkes übernommen. Wenn es nicht eine Stärkung der Juden wäre, könnte man beinahe sagen, daß sich die Gefährlichsten unter den „Weisen von Zion“ Adolf Hitlers als ihres „Werkzeug“ bedient hätten...

Diese Perspektive ist von unüberschaubarer Weite. Wir wollen sie nicht weiter verfolgen. Liebhabern des Themas empfehlen wir, mit den „Weisen von Zion“ und „Mein Kampf“ vergleichende Wissenschaft zu treiben — ein Studium, das sich lohnt. Halten wir uns zunächst an den Berliner Prolog. Wir fassen seine erharteten Feststellungen in drei Punkten zusammen:

1. „Hitlers „Mein Kampf“, in Millionen von Exemplaren als Standardwerk der Nation zwangsweise verbreitet, die braune Bibel in allen Amisstudien, Schulen und Bibliotheken, beruht in den entscheidenden Partien auf einem verlogen und unterdrückten Druckerzeugnis“.

2. Der „Führer“, der sich von seinem Propagandaminister öffentlich als „moralischen Gesetzgeber der Nation“ preisen ließ, hat sich zur Stärkung seiner Behauptungen über die Juden „newissenloser oberflächlicher Plagiatoren und Fälscher bedient, die sich nicht einmal die Mühe erweihen haben, die Spuren ihres schriftstellerischen Tölpeltums zu verwischen“.

3. Der „Führer“ hat sich bei der Abfassung von „Mein Kampf“ als Materialquelle ein Buch aus dem Reiche der „Schundliteratur“ ausgewählt.“

Hinter den angeklagten schweizerischen Frontisten steht der Schatten ihres Vorbildes und ihres Heiden. Der Spruch der Berliner Richter, die nach Ehre und Gewissen urteilen werden, betrifft somit auch Ehre und Gewissen des deutschen Volkes.

# Entscheidende Fragen der Saar-Abstimmung

Der Saar-Dreierausschuß hat in Rom im Palais Cigi seine Arbeiten aufgenommen. Der Zweck der Tagung ist, die verschiedenen Vorschläge, die beim Völkerbund eingegangen sind, zu prüfen und dann von sich aus Vorschläge auszuarbeiten, die dem Völkerbundsrat in seiner nächsten Sitzung am 21. November unterbreitet werden.

Die Tagung des Dreierausschusses unter Vorsitz des Italieners Baron Aloisi wird für die Saarfrage von größter Bedeutung sein. Deshalb halten sich gegenwärtig in Rom der Saarbevollmächtigte des Reichsanzlers, Bärkel, und der Vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. Voigt auf, die zusammen mit dem deutschen Botschafter v. Hassel dem Baron Aloisi den Standpunkt des „dritten Reichs“ darlegen werden. Baron Aloisi hat inzwischen mit Herrn von Hassel eine längere Rücksprache gehabt.

Bärkel ist es vor allem daran gelegen, den Vorschlag, grundsätzlich einer zweiten Abstimmung zuzustimmen, wenn sie die Mehrheit der Saarbevölkerung im Falle einer Änderung des Regimes in Deutschland wünscht, zu hinterreiben. v. Hassel und Bärkel haben dem Baron Aloisi andauernd versucht, daß die Anerkennung des Rechts auf eine zweite Abstimmung angeblich dem Buchstaben des Versailler Vertrages widerspreche. Der französische Saarreferent, Fouque du Pare, soll dagegen Baron Aloisi gegenüber erklärt haben, daß Frankreich gegen den Eventualfall einer zweiten Abstimmung nichts einzuwenden habe. So sind wir augenblicklich Zeugen des grotesken Zustandes, daß die Nazis sich als Anhänger des Versailler Vertrages entpuppen, den sie vor der Machtübernahme zu zerreißen versprochen, während die Franzosen zu Konzessionen bereit sind.

Ferner wollen die Vertreter des „dritten Reichs“ verhindern, daß dem Völkerbundsrat jetzt schon die Ausarbeitung des Saarstatuts vorgezogen wird, da sie mit Recht befürchten, daß die Befreiung eines solchen Statuts, in welchem dem Saarvolk das freie Selbstbestimmungsrecht zugesichert wird, der Birro-Front einen schweren moralischen Schlag verleihe wird. Anweisung es Bärkel gelinaen wird, seine Absichten durchzusetzen, läßt sich augenblicklich nicht übersehen. Man nimmt an, daß gegen Ende der Woche der Dreierausschuß seine Entscheidung über diese politischen Fragen bekanntgeben wird.

Der Dreierausschuß wird sich außerdem mit der Frage des Schutzes der jüdischen Minderheit an der Saar im Falle einer Rückgliederung befassen und auf Grund der vorliegenden Entschlüsse dem Völkerbundsrat entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Der Dreierausschuß wird sich auch mit wirtschaftlichen Fragen befassen, soweit sie mit einer etwaigen Rückgliederung zusammenhängen. Es liegt bereits ein Gutachten des Finanzanschlusses des Völkerbundes vor, dessen Wortlaut jedoch noch nicht bekanntgegeben worden ist. Man hat jedoch erfahren, daß die Finanzfachverständigen von den drei Problemen, welche ihnen vorgelegt worden sind, nämlich der Grubenfrage, der Frage der Währung und der ausländischen Gläubiger im Saargebiet, die erstere für spätere Beratungen zurückstellt und sich nur zu den beiden letztgenannten Problemen in ihrem Gutachten geäußert haben. Dabei haben sie untersucht, in welcher Form diese einzelnen Fragen je nach dem Ausfall der Volksabstimmung geregelt werden sollten und dann entsprechende praktische Vorschläge gemacht. Für den Fall der Rückgliederung haben die Finanzfachverständigen unterrichtet, zu welchem Kurs die im Saargebiet umlaufenden Franken in Mark eingelöst werden sollen und wie gleichzeitig die ausländischen Gläubiger im Saargebiet zu sichern seien.

Von französischer Seite ist im übrigen erklärt worden, daß diese Fragen nur dann endgültig geregelt werden könnten, wenn vorher in der Frage des Rückkaufs der Saargruben eine Klarheit geschaffen wird. Mit anderen Worten: alle diese Fragen werden in ein entscheidendes Stadium erst nach der Abstimmung treten. Auch die Sachverständigen scheinen sich dem französischen Standpunkt in der Grubenfrage anzuschließen, da bei dem finanziellen Bankrott des „dritten Reichs“ die effektive Auszahlung eines Betrags von etwa 300 Millionen Goldmark für den im Vertrag vorgesehenen Rückkauf der Saargruben recht zweifelhaft erscheint. Während in den früheren „verruhten marxistischen“ Zeiten, als die Reichsbank über einen Goldfonds von über drei Milliarden verfügte und Deutschlands Außenhandel einen Umsatz von über 25 Milliarden Mark jährlich aufzuweisen hatte, die Frage des Rückkaufs der Saargruben kein Problem gewesen wäre, bedeutet sie heute eine unerträgliche Belastung der ganzen Saarfrage.

# Die Bekenntnissynode gibt nicht nach

## Ihre Bischöfe gegen alle Zugeständnisse

Gewisse Nachrichten, die von einer Verhandlungsbereitschaft der Bekenntnissynode gegenüber der Reichskirchenregierung berichteten, werden heute keineswegs bestätigt. Die Berliner Verhandlungen sind vielmehr ergebnislos abgebrochen worden. Die verhandelnden süddeutschen Bischöfe und der hannoversche Landesbischof Marahrens sind weder zu Zugeständnissen gegenüber dem Reichsbischof, noch gegenüber dem Führer der „Deutschen Christen“, Dr. Luther, bereit. Die Situation ist durch die jüngsten Sprengungsversuche von Kundgebungen der Bekenntniskirche durch die „Deutschen Christen“ eher noch verschärft worden.

Auch die braunen Unterführer beteiligen sich nach wie vor am Kirchenstreit. Nach der „Times“ hat der braune Statthalter von Württemberg erklärt, daß die Neutralität der Nationalsozialistischen Partei nur zeitlich begrenzt ist und nicht über das Datum der Volksabstimmung an der Saar andauern würde. Außerdem wird gegen die Durchführung der Urteile der Gerichte, die die Verordnungen des Reichsbischofs als rechtsunzulässig erklärt haben, von der Nationalsozialistischen Partei passiver Widerstand geleistet. So ist es Dr. Burm trotz des bestehenden Urteils noch nicht gelungen, eine der beschlagnahmten Kirchen wieder freizubekommen.

Die deutsche Presse hat weiter strengstes Schweigeverbot. Sie darf nur die Nachrichten des Propagandaministeriums bringen. Die Gläubigen, die nach Informatio-

nen hungern, sind den wildesten Gerüchten ausgeliefert. Aber man darf diese Unruhe nicht mit politischer Auflehnung gleichsetzen. Bei den Nürnberg-Demonstrationen hat Bischof Meiser die Kundgebung mit dem deutschen Gruß begrüßt. Die Kirchenopposition ist grundsätzlich etwas anderes als die politische. Die Träger des kirchlichen Widerstandes sind konservative Protestanten, denen es um die Erhaltung der evangelischen Tradition geht, nicht aber um den Kampf wider die Arealität und Menschwerdung durch den „totalen Staat“. Sie machen ihren Frieden mit ihm, wenn er ihnen die evangelische Freiheit, geborgen in der überlieferten Kirche, zurückgibt.

# Müller will d'eiben

## Als „bewußter Nationalsozialist“

Berlin, 7. Nov. Aus der Reformationsfeier in Neukölln, vor der Reichsbischof Müller sprach, werden jetzt einige bemerkenswerte Äußerungen Müllers bekannt. Er erklärte, daß er keine Rücktrittsabsichten habe. Als bewußter Nationalsozialist sei er in den Kampf gegangen; er fühle sich noch immer als deutscher Kämpfer und wolle auch ein solcher Kämpfer bleiben, solange er lebe und atme. Diese Ankündigung hinderte den Reichsbischof nicht, einige Minuten später zu erklären, das Kirchenvolk sei des Streites müde. Für den polemischen Teil des Abends sorgte Pfarrer Lausch, der Gauobmann der Deutschen Christen, der die Anhänger der Bekenntnissynode teils als Reaktionäre erwiderte, teils als Abkömmlinge der liberalistischen Welt, die die Kirche mit dem Geist des Judentums erfüllen wollten.

Das klingt nicht sehr geschäftlich. Wenn sich die Weidung bewahrheiten sollte, so wäre es ein höchst ehrenreicher Schritt der maßgebenden Männer im Bankhaus Mendelssohn.

Der Freiburger Komponist Julius Weismann hat von der NS-Kulturgemeinde den Auftrag erhalten, zu Shakespeares „Sommernachtstraum“ eine neue Musik zu komponieren...

# Todesurteil

Schweidnitz, 7. Nov. Das Schwurgericht hat am Mittwoch den früheren kommunistischen Landtagsabgeordneten Zanis, wegen der Ermordung seines Sohnes Hork, wiederum zum Tode verurteilt. Das erste Todesurteil war aus prozessualen Gründen aufgehoben worden.

# Spanien in Unruhe

## Neue Aktionen der Revolutionären

Madrid, 7. Nov. Die Cortes haben am Dienstag noch eine stürmische Sitzung, die zu Schlägereien führte, dem Ministerpräsidenten Porruo mit 203 Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen. 50 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Gegnerische Stimmen werden nicht gemeldet.

In Sevilla haben die Gewerkschaften den Generalstreik proklamiert. Die Unternehmer haben die Arbeiter, die sich am Streik beteiligen, mit der Entlassung bedroht. Die Regierung hat militärische Sicherungsmaßnahmen getroffen. Der Belagerungszustand über ganz Spanien ist für einen weiteren Monat verlängert worden.

Auch in Saragossa und einigen anderen spanischen Provinzstädten ist der Generalstreik ausgerufen worden. Er gilt als Protest gegen die Vollstreckung von Todesurteilen an Aufständischen.

# Wer ist Fleischhauer?

## Siehe Seite 1 über die „Weisen von Zion“

Das „Berliner Tagblatt“ erfährt, daß der Oberstleutnant a. D. Fleischhauer das Mandat als „Sachverständiger“ für die Angeklagten im Prozeß um die „Weisen von Zion“ angenommen hat. Außer Fleischhauer, der für die Judenfrage in Betracht fällt, wird noch die Ladung eines vierten Experten in der Person von Major a. D. Hennig, Berlin, beantragt, der über die Freimaurerfrage ein Gutachten abgeben soll. Auch dieser hat Annahme eines eventuellen Mandats erklärt. Außerdem wird die Beflagung die Vorladung neuer Zeugen beantragen.

Der neue Frontenexperte Fleischhauer ist der Herausgeber des englisch, französisch und deutsch alle 14 Tage erscheinenden „Service mondial“, einer antisemitischen Korrespondenz, außerdem Verleger des „Semi-Articler“, der „Sigilla veri“ und anderer antisemitischer Kompendien.

# Mendelssohn

## Eine merkwürdige Folge seiner Achtung

Wir berichteten in diesen Tagen von der offiziellen Achtung des Komponisten Mendelssohn durch die Reichsmusikkammer. Seine Kompositionen und Nieder kommen auf den braunen Index, weil sie nicht der germanischen Seele entsprossen. Zwar sei seine Musik zum „Sommer-nachtsball“ genial, aber sie dürfe nicht mehr gespielt werden. Durch eine Aufforderung an asiatische Komponisten soll Erlaß geschaffen werden. An verschiedenen Stellen hat man Denkmäler, Büsten und Gedenktafeln Mendelssohns entfernt.

Jetzt hat das alte Bankhaus Mendelssohn in Berlin diese Aktion mit einem aufsehenerregenden Schritt beantwortet. Es steht in der Ausübung ihres bedeutenden Familienmitglieders eine untrügliche Kränkung seiner alten Tradition, um so mehr, als es seine Kräfte immer in den Dienst der deutschen Sache gestellt habe, und es will jetzt den Antrag auf seine Liquidierung stellen.

## Eine gewaltige Saarkundgebung in London

Das Interesse der englischen Werkstätten und Intellektuellen an der Saarfrage nimmt von Tag zu Tag immer größere Formen an. Der bisherige Höhepunkt der Kampagne für den Status quo war ein vom englischen Hilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus am 2. November in Cowan Hall, einem der großen Versammlungsstätten, ein grandioses Massenmeeting, das sich zu einer wichtigen Einheitsfront-Rundgebung der englischen Antihitlerianer für die Aktionsfront an der Saar gehalten. Dort sprachen zum ersten Mal in London die Führer der deutschen Freiheitsfront, **Max Braun** und **Arif Pfordt**, jeder von ihnen nicht endenwollendem Beifall begrüßt. Den Vorsitz der überfüllten Versammlung hatte Dr. Kerth, eine der leitenden Persönlichkeiten in der englischen pazifistischen Bewegung. Besonderes Interesse rief der zehnjährige Apoll des englischen Katholiken durch **Victor de la Bedouette**, für den Status quo hervor, der in der Erklärung sagte, daß die Einbeziehung von Katholiken in die antihitlerische Einheitsfront der Saar beispielgebend für die ganze Welt sei. Stark begrüßt wurde ebenfalls das Auftreten des **Earl of Lincolne**, eines derjenigen Mitglieder der Labour Party, die sich trotz des Bannstrahls der Labour Party von Southport weiter mit den Bemühungen des englischen Hilfskomitees und mit seiner Saarkampagne solidarisierten. Zum Abschluß der Versammlung hob **J. J. O'Connell**, der im Namen des englischen Hilfskomitees sprach, die ungeheure Bedeutung einer unmittelbaren Aktion aller englischen Antifaschisten in der Frage des Status quo hervor. Eine Sammlung für den Komplex der antifaschistischen saarländischen Freiheitsfront brachte **5.000 £**. Eine Resolution für den Status quo wurde einstimmig angenommen. Unter lautem Beifall verkündete der Vorsitzende, daß zahlreiche namhafte englische Intellektuelle sich in einer Petition an den Völkerbund gewandt haben, um Gewißheit über den völkerrechtlichen Charakter des Status quo und die Möglichkeit eines zweiten Plebiszits in späterer Zeit zu verlangen.

Anlässlich der Anwesenheit **Max Brauns** und **Arif Pfordts** veröffentlichten alle großen englischen Blätter spaltenlange Interviews mit den Führern der Front für den Status quo. So schreibt der **„Manchester Guardian“** am 3. November:

„Es ist von größter Wichtigkeit, daß der Völkerbund eine Erklärung abgibt, die es der Saarbevölkerung ermöglicht, völlige Klarheit über den Unterschied zwischen dem Status quo und den beiden anderen Möglichkeiten der Wahl zu erhalten. Die Saarbevölkerung soll imstande sein, zu erklären, daß unter dem Status quo ein gewisses Selbstbestimmungsrecht garantiert ist, weiter sollte sie wissen, ob am 13. Januar die endgültige Entscheidung fällt, oder ob sie die Möglichkeit hat, in der Zukunft noch einmal wählen zu können.“

„**New Chronicle**“ vom selben Tag weist besonders eindringlich auf die Folgen einer sofortigen Abtretung der Saar an Hitlerdeutschland hin:

„Wenn Hitler siegt, wird erurchbare Abrechnung mit den Anti-Naziabklern abhalten. Mindestens 1000 Personen wären sofort gezwungen, die Saar zu verlassen. Die

6000 Juden an der Saar wären dem Ruin preisgegeben. Auf die Frage, wie **Max Braun** und **Arif Pfordt** gegenwärtig das Abstimmungsresultat einschätzen, wurde uns mitgeteilt, daß Hitler mit 40 Prozent und der Status quo mit etwa 30 Prozent Stimmen zu rechnen hätten.“

Zehr klar hebt der **„Daily Herald“** vom 3. November die drei unmittelbaren Lebensfragen der antihitlerischen Saarkampagne hervor:

„**Max Braun** und **Arif Pfordt** bringen auf ihrem Londoner Besuch in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Einheitsfront gegen die Nazis drei Punkte mit, drei Lebensfragen für eine glückliche Zukunft ihres Landes, die sie dem englischen Volk einzuprägen bestritten sind: Erstens, daß die gefälschten Wahlen den Sinn der Abstimmung vollkommen zerstört haben; zweitens, daß eine ernste Gefahr eines Naziputsches oder eines jugoslawischen Naziterror in dem Maß besteht, wenn die Saarländer sich ganz oder zu einer harten Majorität gegen Hitler aussprechen; drittens, daß es notwendig ist, daß England den Völkerbund zu einer klaren Definition des Status quo und zur Sicherstellung einer durch keinen Naziterror beeinflussten Abstimmung antrete.“

Gegenüber dieser Sprache solcher Mütter der verschiedenen politischen Richtungen und gegenüber der mächtigen Solidaritätskundgebung des englischen Hilfskomitees, fallen wieder einmal die Fragen der Nazipresse an der Saar, die unverfälschten die Anwesenheit **Brauns** und **Pfordts** in London als frei erfunden erklären, wie ein Kartenhaus zusammen. Die Macht der englischen Kampagne für die antifaschistische Einheitsfront an der Saar und für den Status quo, wird nicht verfehlen, in breiten Kreisen der noch nicht angeklärten Saarländer tiefsten Widerhall zu finden.

## Eine Saar-Jugend-Delegation nach England

Bei der Redaktion der neuen antifaschistischen Jugendzeitung **„Freie Jugend“** ging ein Bericht des Sekretärs des Einheitskomitees der englischen Jugend ein. Der **RAJ**, und die Jugendliga der Unabhängigen Arbeiterpartei haben eine große Kampagne zur Unterstützung der deutschen und speziell der Saarjugend eingeleitet. Um die Verbundenheit der englischen mit der deutschen Jugend besonders zum Ausdruck zu bringen, hat das Einheitskomitee durch Vermittlung der **„Freien Jugend“** eine dreigliedrige Delegation der Saarjugend nach England eingeladen. Nach den Wünschen der Engländer soll sich die Delegation möglichst aus einem jungen Katholiken, einem jungen Sozialdemokraten und einem Jungkommunisten zusammensetzen. Angesichts der verstärkten chauvinistischen Hetze an der Saar hat diese Jugenddelegation besonders große Bedeutung. Die Redaktion der **„Freien Jugend“** hat sofort alle Schritte im Saargebiet unternommen, so daß damit zu rechnen ist, daß die Delegation im Laufe des Monats November abreisen kann.

## „Sehr höflich“ Aber eisig

Paris, 7. November.

**Cava** meldet: Der französische Außenminister **Cava** hat Dienstagmittag den deutschen Botschafter **Roland Abter** empfangen, mit dem er sich ausführlich über die verschiedenen Probleme unterhalten hat, die beide Länder interessieren. Insbesondere über gewisse Fragen der Volksabstimmung im Saargebiet. Im Verlauf dieser sehr höflichen Unterredung hat der französische Außenminister festgestellt, daß Frankreich auf keine der Pflichten, die ihm in Ausführung seiner internationalen Verpflichtungen dem Völkerbund gegenüber obliegen, verzichten wolle, noch könne.

Außenminister **Cava** legte andererseits Wert darauf, die Mitteilungen der ausländischen Presse über angebliche militärische Maßnahmen und insbesondere über Truppenverschiebungen zu dementieren, um damit jedem Mißverständnis die Spitze abzubrechen.

Der Botschafter hat indem er der Auffassung der Reichsregierung Ausdruck verlieh, bestätigt, daß Deutschland in keiner Weise die durch den Friedensvertrag festgesetzten Bedingungen zur Gewährleistung der Abstimmungsrechte der Saarländer verletzen wolle. Der französische Außenminister nahm mit Genugtuung diese Erklärung zur Kenntnis, um seinerseits daran zu erinnern, daß die Absichten der französischen Regierung hinsichtlich der völligen Achtung dieser Abstimmungsrechte stets ebenso klar gewesen seien.

## Ein französischer Kommentar

Paris, 7. Nov. Zu dem Besuch des deutschen Botschafters **Abter** bei Außenminister **Cava** gibt der dem französischen Außenministerium nahelebende **„Petit Parisien“** einen ausführlichen Kommentar. Das Blatt erklärt, daß der französische Außenminister ausdrücklich betont habe, daß Frankreich an seinem Recht festhalte, an der Saar Truppen einmarschieren zu lassen, falls irgendwie der ruhige Ablauf der Abstimmung gefährdet sei, und die Regierungskommission des Saargebietes französische Hilfe anfordere.

Es heißt dann weiter: „Von zwei Seiten wird also jetzt die Position vor der Saarabstimmung deutlich und klar gestellt. Wenn sie von deutscher Seite während der Abstimmungsperiode so bleiben, wie sie heute zu sein scheinen, dann ist es erlaubt, zu hoffen, daß die Volksbefragung an der Saar sich in würdiger Ruhe abwickeln wird.“

## Die vielseitige Familie Papan

### Seltsames von den Abstimmungslisten

**Cava** berichtet aus Saarbrücken: Die Abstimmungskommission legt die Prüfung der zahlreichen Reklamationen, die nach dem öffentlichen Anschlag der provisorischen Listen mit den Namen der Abstimmungsberechtigten eingingen, fort und hat die Hoffnung, sie in kurzer Zeit abschließen zu können. Die Abstimmungskommission beschloß die Einrichtung einer Zentralregistratur, die die Namen der 500.000 mutmaßlichen Stimmberechtigten in alphabetischer Reihenfolge mit den Vornamen und allen anderen Angaben enthalten soll, um auf diese Weise mehrfache Aufführung von Stimmberechtigten in den Stimmlisten zu vermeiden. Zu diesem Zweck sind von der Kommission weitere Personen angestellt worden.

Die mehrfache Aufführung desselben Namens kommt wirklich nicht gerade selten vor. So sind **v. Papan** und fünf seiner Familienangehörigen in den Wähllisten zweier verschiedener Ortsteile des Saargebietes angeführt. Die Abstimmungskommission muß besonders bei den stimmberechtigten Frauen aufpassen und darauf achten, welche Frauen nach dem 28. Juni 1919 heirateten, welche sich scheiden ließen oder nachher wieder heirateten, damit nicht die gleiche Frau unter verschiedenen Namen in der gleichen Ortschaft oder in verschiedenen Ortschaften in den Wähllisten figuriert.

## Zeitungsverbote an der Saar

Die Regierungskommission hat die Tageszeitungen **„Saar- und Blies-Zeitung“**, **„Ottweiler Tageblatt“**, **„Domburger Zeitung“**, **„Wielbelskirchener Zeitung“**, **„Dudweiler Zeitung“** mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von 10 Tagen verboten. Das Verbot erfolgte auf Grund des § 3, Abs. 2, Ziffer 1 der Verordnung vom 18. Juni 1933 betreffend Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Saargebiet und des Artikels 15, Ziffer 4 der Verordnung vom 20. November 1933 betreffend Abänderung und Ergänzung der Verordnung vom 20. Mai 1933 (Amtsblatt 1933, Nr. 21) zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit. Die Zeitungen haben in ihren Kammern vom 5. November 1934 unter der Unterschrift **„Wir warnen Frankreich vor Gewalt“** einen Artikel gebracht, der den Inhalt der oben bezeichneten Verordnungen erfüllt.

Die Regierungskommission hat auf Grund des § 6, Abs. 1 der Verordnung vom 18. Juni 1933 betreffend Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit im Saargebiet die Verbreitung der Tageszeitung **„Der Lütticher Borsenzettel“** im Saargebiet bis auf weiteres verboten.

Das Blatt hat bekanntlich einen Hegartitel gegen Herrn **Rnoz** gebracht, worüber wir kürzlich berichteten.

## Eine katholische Warnung

### An das Saargebiet

Die früher katholische und jetzt hitlerische Presse des Saargebietes hat so große Sorgen wegen der Kirchenverfolgung in Mexiko, daß sie sich um die Katholikenverfolgung im Reich nicht kümmern kann. Anders die klerikale Presse des benachbarten Elsaß, die lebhaftest Warnungen an die Katholiken richtet und jedenfalls nicht geneigt ist, die Freiheiten des Laienstaates Frankreich mit dem „positiven christlichen“ Diktatorstante jenseits des Rheines zu vertauschen. Der **„Elsässer Kurier“** (Nr. 251) bringt einen Aufsatz: **„Was können die Katholiken lernen aus den Vorgängen im dritten Reich“**. Wir entnehmen diesem Artikel:

Man sagt vielleicht, man müsse nun mit neuen Methoden den Katholizismus durchsetzen.

### Wie was für Methoden?

Wie heißen diese Methoden? Wo sind sie bisher geübt worden? Wie soll man es praktisch anfangen? Man müßte doch wenigstens Gelegenheit haben, an irgendeiner Stelle noch Kritik zu üben. Eine solche Stelle gibt es nicht. Nicht in der Tagespresse, nicht in Kirchenblättern, nicht in den Vereinen, nicht auf der Kanzel, nicht im Radio, nicht im Parlament. Ja, wo denn sonst etwa? Die Führer des Nationalsozialismus dürfen nicht kritisiert werden. Ueber die merkwürdigen Massenideen, die in manchen Naziköpfen liegen, darf man nicht einmal einen Witz machen. Lassen sich die „Großen“ nicht kritisieren, so verbitten es sich die „Kleinen“ um so mehr. Führerprinzip heißt weiterhin: Maul halten. So haben einige gedacht, es könne wenigstens in wissenschaftlichen Kreisen und Zeitschriften etwas geschehen. Nun, und wenn auch, an wie wenig Menschen kommt das heran! Und auch da darf die Sprache nicht zu deutlich werden, sonst droht das Verbot, das wie ein Damoklesschwert über jedem freiheitlichen Kopfe hängt. Wiltst du im „dritten Reich“ noch da katholische Worte sprechen, so wie es eigentlich gesprochen werden muß, dann kannst du in ein Konzentrationslager gehen und dir dort ein Publikum suchen. Man sieht, daß es keine neuen Methoden gibt.

Man sieht, daß eine Partei nicht erzieht werden kann.

Die Aufgabenstellung ist klar: Da wo es noch möglich ist, sollen die Katholiken alles tun, um die Idee der politischen Freiheit zu retten. Tun sie das nicht, so wird es gewiß eine Katastrophe für die Kirche geben. Es wird Heilige und Märtyrer geben.

### Das Christentum wird bleiben.

Aber seinen woblätigen Einfluss auf den Gang der Menschheit und die Kultur wird es verlieren. Den Abendland wird in das Dämonium zurückstürzen, und es wird nicht einmal ein Jeremia mehr die Freiheit haben, auf den Ruinen einer untergegangenen christlichen Kultur seine Klagenlieder zu singen. So ist das.

## Katholische Kritik verboten

### Was die Saarkatholiken im „dritten Reich“ erwartet

Von der städtischen Polizeiverwaltung in **Julda** wird mitgeteilt: „Der im Verlag der **Juldaer Aktiendruckerei** erscheinende **„Bonifatius-Blatt“** (das Sonntagblatt des Bistums **Julda**, Schriftl.) hat durch die Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk **Kaibel** eine schriftliche Verwarnung erhalten wegen der kürzlich gebrachten abfälligen Kritik der nationalsozialistischen Erbschafts- und Vermögensgesetzgebung. Bei weiteren ähnlichen Verstößen ist die Verzeihung bzw. das Verbot des Blattes, das wiederholt zu Verurteilungen Anlaß gegeben hat, in Aussicht genommen.“

Es ist also nicht einmal erlaubt, in einer katholischen Bistumszeitung die von den Bischöfen aufgestellten religiösen Grundsätze gegenüber der Sterilisationsgesetzgebung öffentlich zu vertreten.

In der Presse des Hitler-Katholizismus an der Saar ist davon nichts zu lesen.

## Streicher „enthüllt“

Hitlers Bienenfreund und Herausgeber des Schmierblattes **„Stürmer“**, **Julius Streicher**, hat in Gelsenkirchen eine Rede gehalten, in welcher er sich auf seine Weise mit dem Saarproblem beschäftigt hat. Er verlegte in seiner Rede die „Hintergründe“ des verbrecherischen Treibens an der Saar anzudeuten. Dabei machte er folgende „Enttüllungen“:

„Wir glauben, so sagte er, den Feind zu sehen und sehen ihn nicht. Nicht die Völker, nicht das französische Volk ist unser Feind, Feind allein ist der getarnte Jude, der an der Saar **Max Braun** heißt.“

Jetzt kennen wir also die „Hintergründe“ des verbrecherischen Treibens an der Saar: **Max Braun** ist zwar arischer Abstammung und kann sogar, im Gegensatz zum „Führer“, den Nachweis erbringen, daß sein Großvater Arier ist. Dennoch wird heute im „dritten Reich“ das Gremelmärchen verbreitet, er sei ein getarnter Jude. Und diese Gremelmärchen verbreiten nicht etwa „untergeordnete Organe“, sondern Männer, wie **Julius Streicher**, der Allmächtige von Frankreich, der Intimus von Hitler, der Mann, dem die große Ehre erwiesen ist, daß in „seiner Stadt“ alljährlich die Naziparteitage stattfinden. Soll wirklich das Saargebiet an ein Land ausgeliefert werden, in dem solche Irrsinnige, wie **Julius Streicher**, herrschen? Man muß schon selbst vom Wahn besessen sein, wenn man unter die Äußerungen des Streicher kommen will, statt mitzubekennen, Deutschland von den Mördern und Todfeinden zu befreien.

# Mittelsändler als Sündenböcke

## Schließung von Geschäften

Berlin, 7. Nov. Zwei Fleischergeschäfte in Berlin-Steglitz sind wegen Zuwiderhandlung gegen die Preisangebotsbestimmungen polizeilich geschlossen worden.

Der Polizeipräsident von Kassel teilt mit, daß er auf Grund des Erlasses des preussischen Ministerpräsidenten über Preissteigerungen im Laufe des Monats eine Anzahl Fleischereibetriebe und Kolonialwarengeschäfte vorübergehend hat schließen lassen, weil festgestellt wurde, daß diese Geschäfte die Preisverordnungen nicht beachtet hätten. Nach Abstellung der Mängel sollen die Geschäfte wieder eröffnet werden.

Der Polizeipräsident von Gleiwitz gibt bekannt: In Verfolg des Erlasses des preussischen Ministerpräsidenten über unangemessene Preissteigerungen habe ich am 5. November in Hindenburg einen Fleischereibetrieb und in Weichen vier Fleischereibetriebe polizeilich geschlossen, weil die Geschäftsinhaber sich geweigert haben, den auf Grund der Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung getroffenen Anordnungen des Regierungspräsidenten vom 21. Oktober 1934, Preisverzeichnisse in den Schaufenstern auszuhängen, nachzukommen.

# In Bürdels Reich

## Oder, wer lügt?

Unsere Darlegungen über die Lage in der Platz haben wiederholt zu heftigen Bülauströmen der Verantwortlichen geführt, aber es war ihnen bis jetzt niemals möglich, auch nur das geringste zu widerlegen. Unter letzter Woche scheint nun angesichts der traurigen Bemerkungen, das Saarvolk über die wirkliche Lage im Reich bzw. wegzuzutauschen, besonders eingeschlagen zu haben, denn Herr Bürdel hat in der plötzlichen und in der gleichgeschalteten Presse des Saargebietes eine umfangreiche „Widerlegung“ veranlaßt.

In dieser „Widerlegung“ mit dem Untertitel: „Emigrantenlügen in der Saarparasitenpresse werden entlarvt“, sind uns Aufschritten aus der Platz zugegangen, von woher auch unsere Platzberichte kommen. Es ist nicht möglich, alle diese Aufschriften zu veröffentlichen, aber dies ist auch gar nicht nötig. Man kann den Bericht aus Bürdels Vagantfuge noch so aufmerksam lesen und man wird auch nicht die geringste Widerlegung finden. Wenn eine Sentenz der Wohlhabensgasse, die unter der Nazidiktatur um 1 Prozent erhöht wurde, wirklich erfolgt ist, dann hat die Bevölkerung jedenfalls noch keine Kenntnis davon. In allen entscheidenden Punkten wird die Mächtigkeit glatt zugegeben. Daß beim Schmalz eine Senkung um 10 Pfennig unmittelbar bevorsteht, kann mit Interesse zur Kenntnis genommen werden, aber unsere Feststellungen zu diesem Punkt sind mit dieser „Widerlegung“ nicht widerlegt.

In der besonderen Notiz über die Verhältnisse der Schulverhältnisse werden wir in den erwähnten Aufschritten darauf aufmerksam gemacht, daß eine schlimmere Verdrehung der Tatsachen kaum noch möglich ist. Es wird in der Verächtlichkeit so hinzugefügt, als ob die Verantwortlichen des alten Systems einen „Zustand“ und „Mißstände“ hinterlassen hätten und sich nun als Emigranten in Saargebiet befinden würden. In Wirklichkeit ließ sich der in erster Linie verantwortliche, früher der deutschen Volkspartei angehörende Oberbürgermeister und Geheimrat Scharbel gleichgültig und arbeitete noch fast ein Jahr unter den höchsten Vorprüchen der Nazis unter deren Herrschaft. Auch nach seinem erzwungenen Rücktritt ging dieser Mann nicht ins Ausland. Von der bürgerlichen „ehrlich einschlägigen“ Nazis, die jedes Jahr bei der Budgetberatung die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Bau eines Schulhauses abgelehnt hat, befindet sich unteres Wines nicht ein einziger im Saargebiet. Das gleiche trifft nach unseren Informationen hinsichtlich der seit vielen Jahren als Antragsteller in Fragen des Schulfortschritts auftretenden Sozialdemokraten zu. Uebereinkommens wollen alle Aufschritten darauf hin, daß die Bevölkerung die Verordnungen des Herrn Bürdel als Selbstentlassung und als „Widerlegung“ einer ungeschicklichen Verleumdung der Lage gegenüber der Zeit vor der Hitlerdiktatur betrachtet.

# „J. W. d.“

## Eine Reise in die Unterwelt Berlins

In die „Unterwelt“, in das unterirdische Deutschland haben sich die mutigsten Angehörigen jener Opposition geflüchtet, die die deutsche Polizei in den Tod hegt. Xavier de Hauteclocque, der im „Gringoire“ seine Artikelreihe „Hitler am Scheidewege“ veröffentlicht, will dieses unterirdische Deutschland kennen lernen und verirrt sich dabei auf einen Apachenball im „Münzhof“ in Berlin.

Paris, 29. Oktober.

(Von unserem Korrespondenten)

Man erinnert sich wohl noch an Willi, den roten Auto-Drochschaffner, dem ich es zu danken habe, daß ich in die Wohnungen von Schleimer und Frau Ernst gelangen konnte. Wie ich Willi kennen lernte, warum er mir mit allen Kräften half, darüber möchte ich beiseite lassen, nicht soagen.

Den größten Teil dieser Unternehmung, die sehr schwierig war, danke ich dem Berliner Drochschaffner. Es gibt seine Kunst, deren Mitalieber mehr zusammenhalten, und die dem Diktator gegenüber widerpenflicher geblieben sind als sie.

An einem Abend im Juli schickte Willi mir Bruno zu. Man will mir interessante Dinge zeigen, will mich zu dem bringen, was von der Unterwelt übrig ist, der „unterirdischen Welt“, zu jenen vogelfreien Menschen, denen der „sozialistische“ Glaube, das Lebenslicht auszublasen zu haben, weil er viele von ihnen getötet und mehr noch in seinen Gefängnissen einsperren hat.

Vor dem Hotel, in dem ich wohne, stehen zwei dickhäutige gallonierte Pfortner, deren starrliche Schattenbilder sich wie Verdichtungen in dem blendenden Gitter des Portals in die Höhe recken.

Vor ihnen die Nacht und die schleichenden, verflochtenen Schatten, die die Berliner Diktatur aufhauen läßt: Bettler, Prostituierte beiderlei Geschlechts, „Probierer“.

Bruno kreist im Dunkeln umher. Er ist ein „Ude“, ein Mensch, der von Frauen lebt, so wie man in dem Glend dieser Hauptstadt leben kann, wo man die Schändel schlechter bezahlt als getragene Kleidungsstücke. „Ude“, sehr kräftig gebaut, angenehmes Gesicht, im modernen, aber von der Stange gekauften Anzug, mit feinen ausgeprägten Schuhen.

„Wohin gehen wir, Bruno?“

„Vachend antwortet er: „A. W. d.“

Eine Redensart im Berliner Dialekt, die besagen soll „lang weit draußen“. A. W. d. liegt im Norden, nicht weit vom Alexanderplatz und dem alten Polizeipräsidium. Zwischen Wedding, Rankow und Weihenau, wo man tagtäglich nicht so viel zu essen hat, wie man eigentlich braucht, erstrecken sich die Bezirke einer noch tieferen und schrecklicheren Armut. Unsere schlammigen Winkel im Charonne-Quartier in Paris könnten einem keine Vorstellung davon geben.

Man muß diese werten Strahlen gründlich kennen, die einsam herein und doch von Menschen wimmeln, die dicht an den Wänden entlang streifen, diese Strahlen, an denen schwärzliche Häuser sich entlang ziehen in denen der Hunger der Arbeitlosen lauert. Zwischen diesen, den Verhältnissen enormen Glendquartieren schlängeln sich überirdische Gassen. Ab und zu unebene Grundstücke, solche mit Annehmlichkeiten von heischem Wasser. Die Beleuchtung hat man einsehbar: Sparlampen.

Die Straßenbahnen lassen ihr Licht da hineinfallen, und die einzelnen Auto-Drochschaffner rufen mit Sprechapparat vorüber. Man möchte sagen, Schleppehändler, die sich in einem zu stehen gekommenen Sturm lächeln, unter Verzicht darauf, große in Not befindliche Schiffe zu retten, die voll summer Schiffbrüchiger sind.

An der Ecke der Münn- und Schönhauser Straße erhebt sich der bekannte „Münzhof“ Holz auf seine Blechmuffelstange und seine elektrischen Lichtboven.

Ein arabisches Fantasiel der unteren Schichten, eine Art „Arabischer“ Ball, aber rarer und weniger auf Anrufen bedacht als die in unserer Rue de Vauve. Die Leute aus der Unterwelt der Reichshauptstadt wollen sich hier amüsieren.

Plötzlich wie Soldaten aneinander, Trommeln, Trompeter, Musikanten. Diese Musikanten haben angeordnete Walgenüberführer. Das Publikum steht dort. Man geht einmal Samstag hin. Da steht man zahlreiche Betrunkene, gut

gelaunte Handelsgelassen. An ihrer Seite befinden sich Frauenzimmer, deren Aufgabe es ist, ihren Kavallieren das Geld abzunehmen. Die aber, die in Wahrheit davon den Nutzen haben, die Besitzer dieser Damen, warten nicht draußen, wie sie das mit einer gewissen Zurückhaltung bei uns tun. Die Berliner „Uden“ lauern am Rebentisch.

## Die Zuhälter von der SS.

Unter diesen „Uden“ sind viele in Uniform mit dem Totenkopf, viele SS-Teute. Denn gerade das Umpengemüdel hat sich der Hitlerbewegung angeschlossen. Wenn man eine bessere Dame dorthin führt, dann empfiehlt es sich, ihre Handtasche in der eigenen Rocktasche zu verbergen.

Der Münzhof besteht aus zwei Sälen; der eine, riesig und vollgepfropft von einer Masse jämmerlicher Gestalten, ist eine Art Vokal, wo man im Stehen sein Getränk zu sich nimmt. Dort spielen Musiker, die recht schön aussehen. Der andere dient als Tanzlokal. Mädchen, die mit künstlichen Haaren geschmückt sind, wo man für das Bier ein bis zwei Pfennige mehr zahlt. Nur die Glückseligen, die schwarzen SS-Teute und die Wäffe, die über einige Reichsmark verfügen, tummeln sich dort mit den Damen ihrer Wahl.

Bruno, der Ude, führt mich zu einer Nische, wo ich meinen Ghonfleur Willi mit einem Mädchen treffe, das Beachtung verdient. Um sie nicht der Polizei zu verraten, wollen wir sie Sara nennen.

Sara ist noch recht jung, 19 Jahre. Vor fünf Jahren verhandelte sie ihre Eltern, bankrotte Krämerleute, an einen Kuppler. Sara ist schlecht angezogen. Ein elendes Kleid aus Kammell, eine knallrote Bluse, um ihre runden und kräftigen Formen in Erscheinung treten zu lassen. Dichtes, gewelltes, dunkelbraunes Haar, verborgene Augen, die so scheinen, als ob in der Ferne Leidenschaften schlummern, eine Art seltener Anmut, die es ihr ermöglicht, jeden zu täuschen, sogar die Herren von der Geheimen Staatspolizei, denen sie solche Anhaftung ist. Man heißt, ein wahres Wunder.

An den fünf Jahren, wo die kleine Sara im Norden auf den Strich geht, ist sie mit revolutionären Bewegungen sehr viel in Verbindung gekommen. Weidern suchte sie ihre Liebhaber in den SA-Kreisen, wo diese nicht mehr da sind, wo sie sie unter den SS-Teuten. Sie erzählt interessante Dinge.

Umwollend ist es nicht, daß die kleine Sara bei der nächsten Schierei mit einer Kugel in ihrer roten Bluse zugrunde geht.

## So kam es!

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, schrieb am 24. Juli 1932, ein halbes Jahr vor Hitlers Machtergreifung:

„Aber trotzdem bleiben „Sozialismus“ und „Sozialisierung“ bei uns noch die neueste Mode, der „dernier cri“ des 20. Jahrhunderts, und auch die größte parteipolitische Bewegung aller Zeiten, die Nationalsozialistische Partei, kann es sich nicht verkagen, dieser Mode ihre Reverenz zu erweisen. Sollte sie freilich, zur Wohl gelohnt, ernstlich an irgendwelche Sozialisierungsexperimente (im übertriebenen Sinne des Wortes) heranzutreten, so ist zu vermuten, daß ihr alsbald neun Neuhelme ihrer Anhänger wieder davonlaufen. Aber vielleicht benutzt auch sie das Wort „Sozialismus“ nur als Kuschelwort und gibt ihm nachher in der Praxis eine vollkommen andere Auslegung — was, nebenbei bemerkt, bezüglich zu wünschen wäre.“

Die Bergwerkszeitung hatte allerdings leicht prophezeiten. Während das deutsche Volk sich durch Hitlers Mundfunkreden die Köpfe vernebeln ließ, wachte sie über die intimen Gespräche gut Versteht, die in schalldicht abgeschlossenen und konfortabel eingerichteten Räumen zwischen Thyssen und Hitler gepflogen wurden. Inzwischen ist alles eingetreten, was die Schwerindustrie so herzlich gewünscht hatte. Das Wort „Sozialismus“ benutzt Hitler in der Tat nur als Kuschelwort und gibt ihm in der Praxis eine „vollkommen andere Auslegung“, als viele Hitlergläubige dereinst erwartet hatten!

# Oesterreichische Reportage

Von Peter Bitter.

Das ist das offizielle Oesterreich: Das Leben und Wecht des Landes ruhig, als ob nie schwere, politische Stürme darüber hinweggefahren hätten. Dem Inhalt der gleichgeschalteten Zeitungen nach, alles in bester (sozialgewollter) Ordnung. Die Wirtschaft hat eine bisher nie gekannte Belebung erfahren, die Arbeitslosigkeit abgenommen, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung stellt lecher denn je zu der ebenfalls lecher denn je stehenden Regierung; kurz, es ist eine Freude Oesterreich zu sein. Der Reliende, der sich oberflächlich mit der Bevölkerung Nahrung nehmen kann, wird sicher voll des Lobes über den Herrschaft des Nationalismus sein. Man hören nunmehr keine Bombenwürfe auf Eisenbahnen seitens der Nazis. Kein Hitler tracht mehr aus dem nationalen Lager. Medriens das einzige Verdienst der Regierung, daß der braune Terror eingebremst wurde. Die werktätigen Anhänger der Nazis haben eingesehen, daß man mit Bomben allein nicht viel ausrichtet. Ein Teil von ihnen ist zu den Kommunisten und Sozialisten abgewandert, und der andere Teil, der dies mit Entsetzen wahrnimmt, bemüht sich durch den Agenten Reintaler, einem Mittelsmann Hitlers, um eine Verhandlung mit dem Diktator zu führen, indem er seine Mittelstände gegen die zunehmende Revolutionierung der arbeitenden Schichten des Volkes anbietet. Die Zeitungen bringen lecher lecher Berichte über Verhandlungen aktiver Sozialisten oder Kommunisten. Man schweig den erbitterten, unterirdischen Kampf einfach tot.

Dem Charakter des Oesterreichischen Systems entsprechend, versuchte man die Arbeiter, nach der Niederwerfung des Februaraufstandes, mit dem Juckerbrot für den Saatz der „Vaterländischen Front“ zu gewinnen. Jemanden Nindler ist den Ausbruch, daß im Februar, auf beiden Seiten für Oesterreich gekämpft wurde. Man hat den Führer gewordenen Arbeitermassen die noch vom Blut dampfende Hand. Man stahl ehemalige sozialistische Blätter, gewann einige Ueberläufer, ließ die Zeitungen mit demselben Kopf erscheinen wie früher, zog die Aktion Winter auf. Dr. Winter hat sich rechtlich in seinen Verhandlungsverhandlungen um die Oesterreichischen Fronten bemüht. Es trafen auch welche der „Vaterländischen Front“ bei uns doch müde Starbühnen dieser Tage erklären: „Voll die Arbeiter in Ruhe! In Sprechstunden werden wir sie nie gewinnen.“

Demagogisch bewunderte er den „Soldatengott“ der Arbeiter und sagte zum laubdovierten Male, daß der Marxismus eine Irrlehre sei. Dann kündigte er irgendwelche Richtlinien gegen die wunden der „Vaterländischen Front“ beigetretenen ehemaligen Marxisten an. Denn diese wären aus ganz anderen als „vaterländischen“ Gründen beigetreten...

Sehr große Anstrengungen macht der neugegründete „Gewerkschaftsbund der Arbeiter und Angehörten“. Von den 800 000 ehemals freiergewerkschaftlich Organisierten hat er angeblich schon 100 000 gewonnen. Niemand glaubt an diese Ziffer. Mit großem Tamtam wurde die Gründungsverammlung an der ich teilnahm, in einer kleinen Provinzstadt einberufen. Ich hatte Gelegenheit, mit den Arbeitern vorher zu sprechen. Fast alle sagten erbitert, daß sie einfach nicht hingehen würden. Das ist falsch, erklärte ich ihnen — im Gegenteil, alles am Samstag hin und recht viele Fragen gestellt. Es war noch lauerer Zeit die erste Arbeiterversammlung in dieser Stadt. Aus Jubelstimmung waren einige neuernannte Funktionäre gekommen, und der ehemalige Sekretär über im Stillen hoffte, wieder einer zu werden. Ich, etwas ruhig geworden in den überfüllten Saal. Ohne die Anwesenden anzusehen, eröffnete er die Versammlung und gab dem Herrn Referenten das Wort. Nach dieser Ankündigung verließ ein beträchtlicher Teil der Zuhörer den Saal. Mit „Guten Referenten“ wollten sie nicht zu tun haben. Früher hieß es einfach Genosse. Der Rest der Anwesenden fragte, frante Dinge, die mit einer Gewerkschaftsversammlung, nach der Meinung des Vorsitzenden, sehr wenig zu tun haben. Wann endlich die Gefängnisse für die politischen Gefangenen geöffnet würden, wann Wöllersdorf (das Konzentrationslager) aufgelöst würde, ob der Gewerkschaftsbund höheren Lohn durchsetzen könne und ob er die Schuld an den bisher abgeschlossenen verheerenden Kollektivverträgen habe. Mit einem Schwellen beantwortete die Versammlung das Referat des zweiten Herrn, der über den organisierten Aufbau dieses Verbandes sprach. Zum Schluss verließ sich der ehemalige Sekretär sogar zu der Behauptung: „Schauts Leute, wenn wir in die Gewerkschaft eintreten, so ist es ja untere Gewerkschaft, ist nicht mehr vaterländisch.“ Er versag zu sagen, daß die Sekretäre von der Regierung ernannt werden. Am nächsten Tage traf ich den Vorsitzenden. Am Vertrauen: „Wusstest du schon, daß du betreten?“ (Wir vertrat er, da er mich für „vaterländisch“ hält.) „Ein einziger“, sagte er betrübt, „und was hab ich ihnen zugeredet — na Sie haben's ja gehört.“ „Ja.“

sagte ich ebenfalls mit traurigem Gesicht, „die sind alle sehr verrotzt.“

Auf dem Stadtplatz stehen die Arbeitslosen in Gruppen beisammen und besprechen das Neueste. Nachrichten werden ausgetauscht, vertrieben wird ein Flugblatt herumgereicht oder zwischen den Zeilen der gleichgeschalteten Presse gelesen. Hier steht nur Belangloses, sichert nur die und da trotz der Zensur etwas durch, das zum Nachdenken zwingt und den Leser, der alles in Ordnung glaubt im Staat Oesterreich, ruhig macht. Wie zum Beispiel die riesigen Anrufe zur Winterhilfe, die im Vorjahre 10 Millionen Schilling veranlagte und besser mindestens das Doppelte benötigt. Da steht man gleich, wie die Arbeitslosigkeit gefallen ist. Oder die lakonische Meldung, daß in Wien seit Einbruch der kalten Witterung Obdachlose auf dem Zentralfriedhof wiederholt den Versuch unternommen haben, in frisch ausgehobenen Gräbern Unterschlupf zu finden. Diese Versuche scheitern jedoch stets daran, daß der Zentralfriedhof während der Nacht von Wachbeamten mit Polizeihunden abgekreuzt wird...

Dieser Tage erfährt die Öffentlichkeit, daß der „Marxismus“ eigentlich gar nicht so „tot“ und überwunden sei, wie es die Regierung immer darstellte. In Wien war eine kleine Druckerlei der Sozialisten aufgeflogen. Und die Zeitungen brachten plötzlich Leitartikel gegen die „Illegalen“. Auch die Kommunisten sind sehr aktiv. Es besteht eine Einheitsfront zwischen letzteren und den revolutionären Sozialisten. Die Kommunisten, die früher in Oesterreich fast keine Bedeutung hatten, sind durch die Illegalität zu einem Faktor geworden, mit dem die Regierung rechnen muß. Deshalb auch die Anhebungsversuche der Nationalsozialisten an die Regierung, um die „kommunistische Gefahr“ einzubämmen.

Dunderte von Verhaftungen wurden dieser Tage vorgenommen. Wieder sind die Gefängnisse überfüllt, es regnet Verwaltungsstrafen nicht unter sechs Monaten Arret, dazu kommt noch danach die Transportierung ins Konzentrationslager. Tausende Exemplare illegaler Zeitungen wurden wahrscheinlich durch Verrat, gefunden und beschlagnahmt. Darunter auch 10 000 Stück der „Revolution“, einer führenden marxistischen illegalen Zeitung.

Die Friedhofshilfe, die über dem Lande liegt, wurde vorübergehend gehört. Nun ist wieder „Ruhe und Ordnung“ gewährleistet.

Aber die „Revolution“ erscheint wieder. Sie wird von einem papierernen Organ zu einem Organ werden.

# Besuch aus dem 3. Reich Von Georg Wilman

Den alten, weißbärtigen Mann, der da drüben über den Damm geht, kennen wir doch? Richtig, natürlich, das ist ja der alte Mohnberger aus dem Mansfeldschen! Nanu, was macht der denn hier? Auch emigriert?

„Hallo! Mohnberger! Herr Mohnberger!“

Der Alte dreht sich erschrocken um, mustert mich erstaunt von oben bis unten, dann erkennt er mich:

„Mensch, Wilman, Sie hier? Kommen Sie, wir gehen einen Kaffee trinken und erzählen uns ein bißchen was!“

Im Café legte der Alte los, man spürt, wie er das Bedürfnis dazu hat, sich mal alle Sorgen vom Hals zu reden.

Er ist Ende 50, war früher Reichshannemann und im Ortsgruppenvorstand der SPD, Jude, Inhaber einer Möbeltischlerei in einer kleinen mitteldeutschen Stadt von 20 000 Einwohnern.

Zunächst erzählt er von seiner Reise:

„Na, ich saß noch nicht lange im Zug, in Erfurt stieg ein dicker Bonze in brauner Uniform ein, so einer mit allen möglichen Spiegeln und Schnallen an der Uniform, ich kenn mich in den Dienstgraden noch nicht aus. Der fing denn auch gleich an tüchtig zu schimpfen. „Alle Juden sind Verbrecher!“ sagte er, und als ich ihn fragte, wieso, sagte er: „Die Judenfrauen tragen alle großen teuren Schmuck, und wenn man richtig hinguckt, haben sie einen ungewaschenen Hals.“ — „Na ja,“ sage ich, „aber früher waren doch die Juden auch geachtete Menschen!“ — „Natürlich,“ schreit er, „weil sie sich überall reingedrängt haben. Wer hat denn in der Kunst, in der Wissenschaft, im Handel das große Wort geführt? Aber jetzt sind sie raus, und wir haben trotzdem große Künstler. Und früher waren wir in der Kunst völlig korruptiert!“ — „Ja, von Kunst verstehe ich nichts,“ sage ich, „aber im Geschäftsleben bin ich doch mit den Juden ganz gut ausgekommen.“ — „Das ist es ja eben!“ schimpft der Bonze weiter, „die Juden waren eben viel zu tüchtig! Aber wir haben ihnen ihre Tüchtigkeit abgucken und sind jetzt auch tüchtig, noch tüchtiger als sie.“ Dann haben wir so ein bißchen über die Erfolge des „dritten Reichs“ gesprochen, aber er war nicht recht zufrieden — mit dem Volk; das sei noch undankbar. „Der 1. Mai war ganz schön,“ sagte er, „aber wir müssen noch sehr viel arbeiten, damit das Volk auch mit dem Herzen dabei ist!“ Und dann sagte er „Heil Hitler!“ und stieg aus.

In Frankfurt stieg dann das Gegenstück in mein Abteil, auch ein Brauner in Uniform, aber — na, Sie werden gleich sehen.

Erst haben wir mal unsere Kriegserlebnisse ausgetauscht, denn so fängt heute bei uns fast jedes Gespräch an. Der Mann war früher Unteroffizier gewesen, nach dem Krieg kam er zur Ordnungspolizei. In der SA. ist er so ziemlich von Anfang an. Und jetzt fährt er im Zusammenhang mit der SA-Beurlaubung zur Erholung fort.

„Das kostet doch viel Geld?“ frage ich ihn. — „Das bezahle ich doch nicht,“ antwortet er, „irgendein guter Mensch hat die 35 Mark für die Reise geopfert. Dafür bekommt meine Frau jetzt gekürzte Wohlfahrtsunterstützung. Hätten sie mir die 35 Mark so gegeben, dann wäre ich mit der Familie zusammen irgendwo hingefahren, es braucht ja kein teures Bad zu sein, wir wären eben mit dem Zelt an irgend ein Wasser. Aber so — jetzt wirtschaftet meine Frau noch knapper als vorher, und es war vorher schon mehr als knapp.“ — „Na,“ sage ich ganz dumm, „warum haben Sie das denn nicht gesagt, als man Sie weggeschickt hat? Müssen Sie denn dahin fahren?“ — „Natürlich, lieber Herr, ich kann mir das nicht aussuchen. — Ich muß Danke schön sagen.“

So, so, dachte ich, also wahrscheinlich ein Unzuverlässiger, der ein bißchen entfernt wird.

„Was machen Sie denn jetzt für eine Arbeit?“ — „Was soll ich wohl machen,“ antwortete er, „ich bilde Leute aus!“ — „Wie, Sie bilden Leute aus? In was denn?“ — „So, Handgranatenwerfen, Marschieren, eben richtiger Infanteriedrill.“ — „Aber die Infanterie hat doch heute gar keinen praktischen Wert mehr, Flugzeuge sind doch viel wichtiger!“ — „Sagen Sie das nicht, lieber Mann, Infanterie ist sehr wichtig als Stoßtrupp. Sie kann sogar den Krieg verursachen. Sie steht an den Grenzen und ein Schuß geht los, dann ist der Krieg schon da.“ — „Na, und meinen Sie, die Leute gehen alle raus, wenn es losgeht?“ — „Ich nicht, Herr, ich war vier Jahre draußen, ich habe die Nase voll! Jetzt sollen die Jungen mal rausgehen und sehen, wie das ist!“

Also, er war unzufrieden. Er schimpfte, daß Hitler viel versprochen und nichts gehalten habe. „Sehen Sie,“ sagte er, „die Sektsteuer hat er abgeschafft. Ich habe noch nie in meinem Leben Sekt getrunken!“ Und er lebt immer noch von seiner Wohlfahrtsunterstützung und den paar Mark SA-Zuschuß.

Ich beschwidigte ihn: „Dafür haben Sie doch aber jetzt Kraft durch Freude!“

Er lacht: „Die lassen Sie mal sein! Früher sind wir auch verbilligt gefahren. Ja, wenn ich einen Posten hätte, dann würde ich ja auch nichts weiter sagen. Aber die Posten haben die bekommen, die das Maul recht vollgenommen haben, und wir alten Kämpfer? Na, wir kommen auch noch dran!“ In Karlsruhe steigt er aus. Ich soll ihn besuchen, hat er noch gesagt, die ganze Zeit bis zur Weiterfahrt des

Zuges hat er am Fenster gestanden und noch geredet, und als der Zug abfuhr, hat er nicht „Heil Hitler!“ gerufen, obwohl der ganze Bahnsteig voll SA. war, sondern schön brav gesagt: „Auf Wiedersehen!“

Der alte Mohnberger trinkt einen Schluck Kaffee und wischt sich den Bart ab.

„Na, und wie sieht es in Ihrem Städtchen aus?“ frage ich. „Was macht die Arbeitsschlacht?“

„Arbeitsschlacht!“ Mohnberger lacht. „Da werden die Arbeiter geschlachtet. Doch, da wird sogar was geleistet: die Straße wird neu gepflastert. Das ist doch eine nationalsozialistische Großtat, denn früher hat es bekanntlich nie gepflasterte Straßen gegeben!“

Ich lache mit ihm, denn ich kenne das Städtchen und weiß so gut wie er, daß es dort schon immer gepflasterte Straßen gegeben hat.

„Und die Arbeitslosen?“ frage ich.

„Die sind genau so da wie früher. Nur daß sie jetzt drei Tage in der Woche arbeiten müssen für dasselbe Geld, was sie vorher als Unterstützung bekommen haben. Dafür nützen sie ihre Kleider ab und können sich keine neuen kaufen. Natürlich wird geschimpft! Neulich hat einer von den Bonzen eine Ansprache gehalten und gesagt: „Wer das noch einmal macht, weiß, wo er hinkommt!“ Aber es wird trotzdem weiter gemeckert; sie können ja nicht alle Arbeiter ins Konzentrationslager schicken.“

„Gehen die Fabriken?“

„Ne!“ sagt Mohnberger überzeugt. „Besonders die Glasfabriken, die stehen vor der Pleite. Früher haben sie exportiert, jetzt kauft das Ausland nicht mehr! Dabei müssen sie aber dauernd neue Arbeiter einstellen, und da kann man sehen, wie die Glasarbeiter, die Schlosser, die Schmiede dauernd den Hof fegen, damit sie nicht stillstehen!“

„Und wie geht Ihr Geschäft?“ frage ich in der Erwartung, ein großes Gejammer zu hören. Weit gefehlt!

„Mein Geschäft? Glänzend! Sehen Sie, jetzt sind Sie erstaunt. Das hat zweierlei Gründe. Erstens mal kauft die ganze Arbeiterschaft bei mir, die Leute kennen mich von früher und wissen, wer ich bin. Und da gehen sie natürlich lieber zu mir als zu irgendeinem Nazi. Und der andere Grund ist die Angst vor der Inflation. Da wird natürlich gehamstert. Uebrigens ist vor einiger Zeit ein neuer Befehl an die Nazi rausgekommen: es darf wieder in jüdischen Geschäften gekauft werden, aber nicht in Uniform! Dagegen sind wir von der Ehestandsbeihilfe ausgeschlossen; Darlehensscheine der Ehestandsbeihilfe werden von jüdischen Geschäften nicht eingelöst.“

„Sie sind doch in der Tischlerinnung? Wie sind denn die Kollegen zufrieden?“

„Die jammern alle. Die Kaufkraft hat nachgelassen. In unserem Städtchen sind fünf Möbeltischlereien in der Innung; zwei sind bankrott, der dritte steht vor der Pleite. Nur der Jud' macht Geschäfte!“ Er lacht.

„Es gibt also keinen Judenboykott mehr?“

„Natürlich noch. Aber viel schwächer. Zum Beispiel die Zeitung darf kein Inserat von mir nehmen. Aber das macht nicht viel; man kennt mich ja doch. Neulich war ein Kunde bei mir, den ich nicht kannte. Als er bezahlte, sagte er: „Wissen Sie, warum ich bei Ihnen kaufe und nicht bei Schmidt? Weil Ihr Sohn im Konzentrationslager war!“ Da habe ich mich natürlich gefreut; der Kunde war ein katholischer Eisenbahnbeamter. Uebrigens hat der Boykott auch eine gute Seite: wir brauchen nichts für den Eintopf zu stiften und sind überhaupt von der Sammellei ziemlich verschont. Darüber sind die anderen natürlich wütend; ich nicht!“

„Erfahrt Ihr so die Wahrheit über das „dritte Reich“?“

„Nur von Mund zu Mund. Ausländische Zeitungen gibt es bei uns nicht, die wagt auch keiner zu kaufen. Aber manchmal fahren wir in die Tschechoslowakei und lesen da. Bei der Rückkehr wird man dann stark durchsucht.“

„So, und jetzt noch eine Frage: Wie wirkt „Kraft durch Freude“ auf die Arbeiter?“

„Das ist gut, daß Sie fragen, da kann ich Ihnen was Nettos von erzählen: Einer von unseren Leuten ist aus Versehen mitgenommen worden, wie Kraft durch Freude eine Dampferfahrt nach Helgoland gemacht hat. Wie sie zurück waren, hat er mir gesagt: „Das ist gut, Mohnberger, Du hättest mal die Gespräche unterwegs hören sollen. „So gut könnten wir es immer haben,“ hat einer gesagt, „wenn wir keine Bonzen mehr hätten. Da könnten wir Dampfer fahren, so oft wir wollen, und hätten überhaupt alles, was wir brauchen!“ Und die anderen haben ihm recht gegeben. Durch den ganzen Rummel sind die Proleten erst richtig auf den Geschmack gekommen, und da können wir gut arbeiten!“ Und so ähnlich habe ich es auch schon von anderen gehört.“

„Und wie lange bleiben Sie hier, Mohnberger?“

„Vierzehn Tage im ganzen. Dann geht es wieder zurück in die Heimat! An die Arbeit . . .!“ Und er lacht viel-sagend.

Dieser Bericht ist authentisch. Nur die Namen und die Ortsbezeichnungen sind geändert.

erfüllt, kann er auf dem Dienstweg ein Gnadengesuch einreichen, wenn er folgende Bedingungen erfüllt: Er muß sich als langjähriges Mitglied besondere Verdienste erworben haben oder im Kampfe verwundet worden sein.“

(Aus „Der SA-Mann“.)

Wenn aber einer am 2. Januar 1800 sogar zwei jüdische Ahnen ausbuddelt, muß er zumindest „im Kampfe“ erschlagen worden sein!

Wir glaubten bisher, nach der reinen Lehre sei Rasse angeboren, sie könne nicht verliehen werden. Es scheint aber, daß die Oberen des braunen Systems durch ihre Gnade jüdisches in arisches Blut verwandeln können!

## Lied eines ehrbaren Kaufmanns

„Wer mit uns Deutschen Geschäfte macht, Sprach Hjalmar Schacht, „Der soll auch wissen, daß es ihm frommt, Und daß zu seinem Gelde er kommt.“ Achott, was haben wir gelacht!

Als hätten wir die Taschen voll Geld, Haben wir bestellt, Doch als es dann uns Bezahlen ging, Besaßen wir keinen Pfifferling. — Achott, was waren die geprellt!

Natürlich, wir waren ganz zahlungsbereit, Es tat uns 5000 leid! Nur hatte uns Schacht die Devisen gesperrt, Kein Pfennig wurde hinübertransferrt. Achott, diese Ehrlichkeit!

Ein ehrbarer Kaufmann kennt seinen Profit, Er schafft sich Kredit, Und wenn es sein muß, achott, achott, Selbst per betrügerischen Bankrott. Hoch klingt sein Lied . . .

Mucki.

## Ritter Hermann von Göring Hause in Familienwappen

Göring hat so viele Uniformen, daß er für die bewählten tausend Jahre damit auskommt. Göring pflegt sich mit so vielen Orden zu bepflanzen, daß er von vorn nicht erschossen werden kann, Göring hat zwei Wohnungen in Berlin — davon eine mit vierzig Zimmern —, ein Haus auf dem Obersalzberg, eines in der Schorfheide, Göring hat für jeden Wochentag einen Titel, für den Sonntag zwei — und dennoch war er bisher nicht zufrieden. Es fehlte ihm etwas, das jeder lumpige Adlige besitzt: die Familiencorruption! Und da er ohne sie nicht leben kann, beschloß er in Ermangelung stattdlicher Ahnen selbst der Begründer eines in tausend Jahren uralten Geschlechtes zu werden.

Er begann mit dem wichtigsten: er kaufte sich ein Wappen, groß, geschmacklos und voller Akantusblätter. Ein Berliner Heraldiker wurde mit der Herstellung beauftragt, und der Reichsjägermeister übergab den Zeitungen eine Notiz: „Familiensinn schafft für die Heraldiker Arbeit.“ Die von Natur aus Adligen mögen nicht schlecht gegriecht haben, als sie's lasen.

Einer griente nicht: Baldur von Schirach! Er, der in der Tat rührenden Verwandtschaftssinn bewiesen hat — es gibt kein noch so entferntes Familienglied, dem er nicht einen Posten verschafft hätte — gönnte dem Göring keine Extratour und bestellte sich bei dem gleichen Heraldiker ebenfalls ein Wappen. Dafür soll Göring einerseits die Erhebung seiner Familie in den Adelsstand anstreben.

Der Wappensport, der alsbald seuchenhaft um sich greifen dürfte, beschwört neue Komplikationen herauf. Was soll, so fragt sich jeder, nach den nächsten Erschießungen mit den Wappenschildern der hingerichteten „Verbrecher“ und „Schufte“ geschehen? Werden sie ausgelöscht, wie weiland im Juli die Inschriften auf Röhms Ehrendolchen? Oder werden die Familien verurteilt, sie zur ewigen Schande weiter zu führen? Vielleicht mit einem Galgen als Zusatz?

Die Frage sollte durch ein neues Gesetz geregelt werden, denn sie wird mehr als einmal aktuell sein.

## „Gute Laune“

### Die Blätter fallen . . .

Der braune Tod geht im deutschen Zeitungswesen weiter um. Wer von Hitler frißt, sticht daran. Nun ist die Reihe an die bekannte Textil-Fachzeitschrift „Der Konfektionär“ gekommen, einst eine üppig wuchernde Insektenplantage, heute infolge des Rohstoffmangels und der übrigen Wirtschaftszustände ein öde und kümmerlich dahingevegetierendes Blättchen. Bisher hat der Verlag des „Konfektionär“ seinen Fortbestand dem Umstand verdankt, daß er sehr stark an die Arbeiterbank verschuldet war; deshalb sollte das Unternehmen bis zur Abdeckung der Schulden fortgeführt werden. Jetzt aber geht es nicht weiter, das gesamte Personal ist zum 31. März gekündigt und die Zeitschrift wird, wie viele andere vor ihr und nach ihr, von der Bildfläche verschwinden. — Auch das Scherl-Magazin „Gute Laune“ ist sang- und klanglos verschwunden. Goebbels verbot es ausdrücklich, darüber zu berichten. — Die Berliner Wochenzeitung „Berliner Tribüne“ ist bis auf weiteres verboten worden, weil sie die Meldung von dem Beschäftigungsverbot in deutschen Filmen gegen die jüdischen oder jüdisch versippten Schauspieler Wallburg, Hansen, Slezak, Wohlbrück und Paul Hörbiger gebracht hat. Hörbiger erhielt das Beschäftigungsverbot nicht etwa, weil er keine wandfreie Großmutter hatte — er ist reinrassiger Urarier —, aber er hatte es sich erlaubt, eine der Hitler-Reden gebührend zu kennzeichnen. Für dieses Majestätsverbrechen wurde er mit dem Beschäftigungsverbot bestraft.

## Leider

### Ein Arzt mit Herz

Im „Deutschen Aerzteblatt“ beschäftigt sich ein Dr. Klepp mit der deutschen Bevölkerungsstatistik. Er erklärt, daß die Zahlen über eine Zunahme der Geburten kein Grund dafür seien, „schon jetzt Siegesgesänge anzustimmen“. Von einem echten und unverfälschten Geburtenzuwachs sei Deutschland noch unendlich weit entfernt, denn — und dies ist ein wahrhaft zynisches Eingeständnis der Hungerfolgen im „dritten Reich“ — „man dürfe leider nicht damit rechnen, daß die Sterblichkeitsziffer auch in Zukunft so niedrig bleibt wie in den letzten Jahren“.

## Rasse durch Gnade

„Der SA-Mann darf als solcher keine Bindung mit Fremdrassigen oder Mischlingen eingehen, er verwickelt sich damit sofort das Recht, weiterhin Angehöriger der SA. zu sein, er muß aus der SA. entlassen werden. Bereits bestehende Bindungen mit Fremdrassigen oder Bastarden sind sofort zu lösen, falls der SA-Mann auch weiterhin innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft bleiben will. Findet ein SA-Mann oder Parteigenosse bei jetzt angestellten Nachforschungen (bis 1. Januar 1800) in der Reihe seiner Ahnen einen Juden oder sonst einen im Sinne der Verfügung Fremdrassigen, so daß er die geforderten Bedingungen nicht

# Der Hitlerputsch

Von  
**Konrad  
Heiden**

Die folgende Schilderung des Hitlerputsches von 1923 ist dem Buche Konrad Heiden „Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee“ entnommen.

(Schluß)

Ludendorff führte, wie er später angab, ohne bestimmten Plan; nur die allgemeine Richtung schwebte ihm vor. Auch die Schlacht bei Tannenberg, meinte er, habe er zuerst geschlagen und sich nachträglich die strategischen Gründe zurechtgelegt. So kam der Zug nach einigem planlosen Schwanken durch die schluchtartig enge Residenzstraße an die Stelle, wo diese Straße zwischen dem Schmuckbau der Feldherrnhalle und der Residenz auf den weiten Odeonsplatz mündet. Dort stand abermals eine Sperrkette Landespolizei, zahlenmäßig den Heranmarschierenden bei weitem nicht gewachsen. Wenn die Polizei den Zug aufhalten wollte, konnte es nur in diesem Engpaß geschehen; einmal auf dem Odeonsplatz, hätten die Revolutionäre mit ihrer Überzahl das Feld beherrscht.

Wie es zur Schießerei kam, das wurde später selbstverständlich eine heftige Streitfrage der Beteiligten. Der Oberlandführer Dr. Weber meinte, ein Mann des Kampfbundes habe nach dem vorgehaltenen Karabiner eines Polizisten gegriffen, und beim Ringen sei der erste Schuß losgegangen. So wäre die Schuld immerhin gleichmäßig auf beide Seiten verteilt. Jedenfalls haben sich danach beide Parteien ein richtiges Feuergefecht geliefert. Eine Sekunde vor dem Feuer sprang aus den Reihen des Kampfbundes ein Mann nach vorn und rief der Polizei zu:

„Nicht schießen, Exzellenz Ludendorff kommt!“ Dann brach er zusammen. Es war eine Sekunde auf Leben und Tod, aber das „Exzellenz“ hatte der Unglückliche auch in diesem Augenblick pflichtschuldigst nicht vergessen. Hatte doch selbst Kriebels Angriffsbefehl vom Morgen mit den Worten begonnen: „Exzellenz von Lossow hat sein Ehrenwort gebrochen...“

### Streicher greift ein

Hitler schritt zwischen Ludendorff und Scheubner-Richter, dessen Arm er untergefaßt hatte. In der rechten Hand hielt er eine Pistole und rief, unmittelbar vor dem Schießen, den Polizisten zu: „Ergibt euch!“ In diesem Augenblick... Aber hier sollen die Augenzeugen sprechen.

Der Zeuge Friedrich, der den Zug als Zuschauer begleitete, sah folgendes: Hitler trat in der rechten Hand eine Pistole offen und schußbereit. Ein Nationalsozialist, der in der Hand ebenfalls eine schußbereite Pistole trug, sprang aus der Umgebung Hitlers vor den Zug, ging zu einem Beamten der Landespolizei und sprach kurz mit ihm. In diesem Augenblick fiel ein Schuß. Da dieser Nationalsozialist und Hitler eine Pistole schußbereit in der Hand trugen, nehme ich an, daß der erste Schuß entweder von Hitler oder von dem vorgeschrittenen Nationalsozialisten abgegeben wurde.

Hier beginnt eine Kette merkwürdiger, ja unheimlicher Vermutungen.

Sollte tatsächlich Hitler oder jener Nationalsozialist zuerst geschossen haben? Friedrich glaubt es, denn: „Der erste Schuß war bestimmt ein Pistolen- oder Revolverschuß“ — die Landespolizei aber hatte Karabiner.

Ein Stück weit führt die Kette sicher. Daß ein Nationalsozialist vorsprang, auf einen Beamten losging, daß dabei der Karabiner in Bewegung kam, und daß dann der erste Schuß ertönte, steht auf jeden Fall ziemlich fest; Dr. Weber und der Zeuge Friedrich haben beide von verschiedenen Punkten aus dasselbe gesehen. Aber noch ein dritter Zeuge sah es, und dieser weiß auch, wer der Nationalsozialist war. Der Zugsteilnehmer Robert Kuhn berichtet:

„Streicher sprang einige Schritte vor und sprach mit einem Beamten. Dieser winkte aber ab. Streicher wurde von einem Beamten der Karabiner auf die Brust gesetzt. Dann krachte ein Schuß...“

Also darum ist Streicher von seiner Rednerhöhe herabgestiegen, darum ist er ins zweite Glied hinter Hitler eingetreten, um jetzt vorzuspringen und im Auftrag des Schicksals den Finger an den tödlichen Abzug zu legen!

Völlig sicher wissen wir es trotz dieser verschiedenen Angaben noch nicht, wer eigentlich zuerst geschossen hat. Aber die Verantwortung scheint sich ziemlich gleichmäßig zwischen Hitler, Streicher und dem Beamten, der Streicher den Karabiner auf die Brust setzte, zu verteilen. Und falls dieser Beamte als erster geschossen haben sollte, so hätte er jedenfalls — nach Dr. Weber — nicht geschossen, wenn Streicher nicht versucht hätte, ihm den Karabiner zu entreißen. Und wenn dieser erste Schuß nicht losgegangen wäre — vielleicht wäre es abermals gegliückt, die Polizisten kampfflos zu überrennen, wie an der Isarbrücke?

Wer trägt also durch seine Nervosität die Schuld an dem Feuergefecht und damit an der Niederlage des Kampfbundes vor der Feldherrnhalle?

Kein Zufall in Gestalt eines unbekanntes SA-Mannes. Keine Nebenfigur. Der Strahl der Verantwortung trifft niemanden mit voller Entschiedenheit, aber die Wolke des Verdachts sammelt sich am dichtesten über zwei Hauptern: Hitler und Streicher.

Hitler behält von diesem Tage her ein Gefühl der tragischen Verbundenheit mit Streicher. Zwei Jahre später bestätigt er den in der Partei heftig Umstrittenen als Gauleiter von Franken und sagt dabei: „Vielleicht, daß dem einen oder andern die Nase des Parteigenossen Streicher nicht gefällt. Aber als er damals an der Feldherrnhalle neben mir auf dem Pflaster lag, damals habe ich mir gelobt, ihn nie zu verlassen, solange er mich nicht verläßt.“

### Der Zusammenbruch

Nun rollten die Salven von beiden Seiten. Als erster auf der Seite des Kampfbundes wurde Scheubner-Richter töd-

lich getroffen; stürzend reakte er Hitlers Arm aus. Auch Hitler lag auf der Erde; ob von Scheubner mitgerissen, ob nach Soldatengewohnheit Deckung suchend, wird er selbst kaum zuverlässig angeben können. Wer die Gegner moralisch entwaffnen wollte, hätte freilich stehen bleiben müssen; hatte doch Hitler auch vor diesem Marsche wieder versichert, er sei bereit, sich erschießen zu lassen. Indessen: Vorwürfe möge ihm machen, wer mit gutem Gewissen von sich behaupten kann, daß er stehen geblieben wäre.

Aber wenige Minuten später wird Hitler sich wirklich so benehmen, daß er Vorwürfe verdient.

Verschiedene Zeugen geben an, nach der ersten Salve habe sich alles ohne Ausnahme hingeworfen, auch Ludendorff. Dieser selbst behauptet das Gegenteil. Jedenfalls ist Ludendorff nicht nach rückwärts geflohen. Er ging, zusammen mit dem Major a. D. Streck vom Kampfbund, zwischen den Gewehrläufen hindurch auf den Odeonsplatz. Wären ihm fünfzig, vielleicht nur fünfundzwanzig Mann gefolgt; der Tag hätte anders gedeutet. Jetzt war Ludendorff nur ein einzelner Gefangener. Bei seiner Verhaftung erklärte er, ungeheuer erregt, er kenne von diesem Tage ab keine deutschen Offiziere mehr und werde keine Offiziersuniform mehr tragen.

Der Feuerball hatte in der engen Straße entsprechend gewirkt. Vierzehn Tote lagen auf dem Pflaster. Unter ihnen war Oskar Körner, der ehemalige zweite Vorsitzende der Partei, der den Tod des unbekanntes Soldaten starb. Ferner fiel der Oberlandesgerichtsrat von der Pfordten, der Autor jener blutdürstigen Verfassung, Scheubner-Richters Tod war eine Art tragischer Erfüllung. Der Putsch, der an der Feldherrnhalle zusammenbrach, war ein Verhängnis gewesen.

### Hitlers Flucht

Und dann schweigt das Feuer. Da erhebt sich ein Mann... Aber wiederum sollen die Augenzeugen das Wort haben.

Der praktische Arzt Dr. Walter Schulz, Nationalsozialist, Teilnehmer am Zuge, der mit den andern auf der Erde lag, sagte in der Voruntersuchung aus:

„Ich nahm wahr, daß Hitler der erste war, der aufstand und sich, scheinbar am Arm verwundet, nach rückwärts begab. Ich eilte sofort Hitler nach und holte eines unserer am Zugende nachfahrenden Autos auf dem Max-Joseph-Platz. In dieses Auto wurde Hitler gebracht.“

Auch der zweite Zeuge ist Arzt, Dr. Karl Gebhard. Er berichtet:

„Beim Schießen fuhr plötzlich in die Menge hinein ein gelbes Automobil, auf dem ein Nationalsozialist stand und rief: Wo ist Hitler? Dr. Schulz, der direkt in dem Haufen lag, anscheinend neben Hitler, rief: Hier ist er! und schon...“

### Man verläßt die deutsche Sprache

#### Tendenzen, durch das „dritte Reich“ gesteigert

Einem Bericht der „Neuen Züricher Zeitung“ (30. 10.) aus Helsingfors entnehmen wir:

Wie seinerzeit in den Tagen der „Englischen Woche“ und des englischen Prinzenbesuches, so stand auch die Reise Edens (nach Schweden) im Zeichen der englischen Kulturpropaganda. Man suchte an Hand von schlagenden Beispielen den Siegeszug der englischen Sprache in den nordischen Ländern zu beweisen. Nach „Dagens Nyheter“ lernten an der Stockholmer Bürgerschule im vergangenen Jahr 1446 Schüler englisch, 797 französisch und nur 618 deutsch. Am „Arbeiterbildungsinstitut“ bestanden 1932/33 346 Studienzirkel für die englische Sprache und 146 für die deutsche, 1933/34 jedoch bereits 438 für Englisch und nur noch 127 für Deutsch. Spiegelt sich im erstgenannten Beispiel in erster Linie die handelspolitische Umstellung wider und sei der zweitgenannte Fall vor allem eine Folgeerscheinung des politischen Umschwungs in Deutschland, so beweise andererseits die unvergleichliche Popularität der englischen Sprachkurse im Stockholmer Rundfunk, daß diese Entwicklung an keinerlei Bevölkerungsschichten gebunden sei. Für einen Anfangskurs sind in kürzester Zeit 50 000 Lehrbücher gekauft worden, die durchschnittlich gleichzeitig mindestens von drei Personen benützt würden, so daß also gegenwärtig nicht weniger als etwa 150 000 junge Schweden allein mit Hilfe des Rundfunks die Anfangsgründe der englischen Sprache erlernen. Ähnlich sollen die Verhältnisse auf dem Büchermarkt sein. In Finnland herrscht dieselbe Tendenz und in den Baltischen Staaten wird die englische Sprache aus politischen Gründen auf Kosten der deutschen sogar durch gesetzliche Maßnahmen bevorzugt, so daß der größte Teil der Ostseeküste tatsächlich im Begriffe zu stehen scheint, kulturell-politisches „Einzugsgebiet“ London zu werden. Es ist bezeichnend, wenn das konservative „Svenska Dagbladet“ während Edens Besuch daran erinnern zu müssen glaubt, daß es auch auf diesem Gebiet eine Neutralitätspolitik gebe, deren Aufrechterhaltung „zivilisatorische Wehrpflicht“ sei...

Stolzes Lösungswort!

Mag's brechen oder biegen,  
du scheuchst die matten Aengste fort,  
und ruft zu Kampf und Siegen.

Ob auch der Sturmwind uns umbrannt  
mit harten Stricksalsschlägen,  
wir halten ihm, geballt die Faust,  
das trog'ge Wort entgegen;

Und dennoch!

Christoph Minkwitz

war Hitler in dem Automobil, das mit ihm und Dr. Schulz davonfuhr.“

Zwei unanfechtbare Zeugnisse: „... der erste nach rückwärts... schon war er im Auto... fuhr davon.“ Die Kameraden blieben unterdessen, teils tot, teils verwundet, auf dem Pflaster liegen.

Die Aussagen decken sich bis auf eine Geringfügigkeit. Dr. Schulz behauptet, er habe das Auto erst geholt, Dr. Gebhard meint, das Auto habe eher ihn geholt. Es handelt sich um ein Straßenstück von wenigen Meter Länge, und man kann das Heranwinken eines langsam fahrenden Wagens so oder so darstellen. In allem übrigen Übereinstimmung: daß Hitler als erster aufstand, nach rückwärts lief und davonfuhr, während Hunderte seiner Kameraden noch auf der Erde lagen. Sie lagen dort nicht wehrlos, sie hatten geschossen. Der Kampf war nicht entschieden. Da verließ der Führer als erster das Schlachtfeld und gab das Zeichen zur Flucht.

Der Wagen Hitlers fuhr sofort stadtauswärts und wurde unterwegs mehrmals beschossen. Hitler litt starke Schmerzen; das Schultergelenk war ausgerenkt, einen Schuß hatte er nicht. Er fuhr nach dem sechzig Kilometer entfernten Uffing am Staffelsee, wo die ihm befreundete Familie Hanfstängl eine Villa besaß. Frau Hanfstängl, die Mutter seines späteren Auslands-Pressechefs, und dessen Schwester Erna pflegten ihn. Ein Roman spann sich an.

Am 11. November wurde Hitler in Uffing verhaftet.

Fünf Jahre später hat Hitler über diese Flucht eine merkwürdige Geschichte erzählt. Er erschien auf dem Podium des Münchner Löwenbräukellers mit einem Knaben an der Hand und behauptete: diesen Knaben habe er am 9. November 1923 an der Feldherrnhalle gefunden, unter den Arm genommen und aus dem Feuerbereich getragen. Mit einem ausgerenkten Arm! Man wird einwenden können, daß Hitler bei aller Kinderliebe doch lieber an der Spitze seiner Leute hätte bleiben und den Kampf durchfechten sollen. Wenn er noch imstande war, Kinder unterm Arm davonzutragen, dann mußte er auch imstande sein, auf dem Pflaster auszuharren. Im übrigen muß festgestellt werden, daß weder Dr. Schulz noch Dr. Gebhard noch ein sonstiger Augenzeuge von diesem rätselhaften Knaben etwas weiß.

Zwei Stunden nach den Salven an der Feldherrnhalle kapitulierte Röhm im Wehrkreis-Kommando und zwar auf Zureden des Generals von Epp, der als „Neutraler“ vermittelte. Röhm hatte zwei Tote; insgesamt verloren also sechzehn Mitglieder des Kampfbundes ihr Leben. Von der Landespolizei fielen vier.

### Durfte Hitler fliehen?

Das Gesamturteil über Hitlers Putsch muß immerhin gutes Spiel und schlechte Arbeit. Der erste Fehler war das Loschlagen ohne genügende militärische Vorbereitung, der zweite die psychologische Fehlbehandlung des Reichswehrkommandeurs, der dritte der mangelnde Mut am 9. November. Selbst ein so tapferer Soldat wie Röhm ließ sich vom Gegner einkreisen, weil er es nicht übers Herz brachte, den ehemaligen Kameraden mit Maschinengewehren zu drohen. Ludendorff wollte überhaupt nicht kämpfen, sondern zaubern. Als sogar Hitler vor dem Zug zaghaft wurde: „Man wird auf uns schießen“, wußte Ludendorff bloß eine heroische und gedankenlose Antwort: „Wir marschieren!“

Die bürgerliche Bevölkerung der bayerischen Hauptstadt hat nach dem Putsch bewiesen, daß sie bereit gewesen wäre, auf die Straße zu gehen. Zwei Tage lang wogten die Massen aufgeregt durch die Stadt, bespuckten die Reichswehrsoldaten, bedrohten Kahr's Dienstgebäude, warfen gemäßigten bürgerlichen Zeitungen die Fenster ein und schrien: „Nieder mit den Verrätern!“ Die Polizei mochte dazwischenreiten und mit Gummiknüppeln schlagen, es half nichts. Die Studenten rotteten sich in der Universität zu Tausenden zusammen, tobten gegen Kahr, wollten den beschwichtigenden Rektor von der Galerie hinabwerfen und piffen sogar den einst so angebeteten Kapitän Ehrhardt aus, der ihnen gut zuredete.

Mit einer solchen fanatisierten Bevölkerung im Rücken wäre noch Großes zu erreichen gewesen. Aber dann hätte der Kampfbund seinem Namen Ehre machen und kämpfen müssen, statt nach den ersten Salven zu fliehen. Jede gewonnene Stunde hätte die Stellung der Regierung inmitten einer feindselig aufgewühlten Bevölkerung weiter unterhöhlt. Diese Bevölkerung hat noch tapfer und zwecklos zwei Tage demonstriert, während die Führer sich in Sicherheit brachten.

Wie ganz anders haben aufständische Kommunisten in Hamburg, Berlin, München und Mitteldeutschland gekämpft! Die Kampfbundleute dagegen haben ihren Führer Ludendorff, der richtig und zielbewußt zwischen den Gewehrläufen hindurchging, im Stich gelassen. Dr. Weber, der Führer von Oberland, bekam einen stundenlangen Weinkrampf, und Hitler floh als erster im Wagen, ohne sich um seine Leute zu kümmern.

Zur Entschuldigung der Besiegten mag dienen, daß die meisten Ludendorff für tot hielten. Das brach ihre Stimmung, rechtfertigt aber noch immer nicht die rasche Entferrnung Hitlers, der sich sagen mußte, daß er jetzt erst recht der einzige Führer war.

Später haben die Führer des Kampfbundes zur ihrer Rechtfertigung immer wieder versichert, es sei für sie unfallbar gewesen, daß Deutsche auf Deutsche schießen konnten. Aber im Ruhrgebiet oder bei der Niederwerfung der Münchner Räterepublik haben sie das Unfaßbare sehr gut gekonnt, selbst gegenüber Waffenlosen. Was sie tatsächlich sagen wollten, vermochten sie in ihrer Sprache nicht hinreichend auszudrücken: daß revolutionärer Kampf nur zwischen Klassen möglich ist. Unter den an der Feldherrnhalle Gefallenen waren ein Schlosser, ein Hutmacher, ein Oberkellner und ein Diener; die übrigen Offiziere a. D., „Kaufleute“ und „Bankbeamte“, d. h. ebenfalls meist junge Kriegsoffiziere, vorübergehend im bürgerlichen Beruf.

Für die NSDAP ist der blutige Tag trotz allem ein Segen gewesen. Er schnitt sie endgültig aus dem Leibe der Reichswehr heraus. So wurde der 9. November 1923 ihr eigentlicher Geburtstag.

# Englischer Brief

O. G. London, Anfang November.

## Labour im Vormarsch

Nachdem die Labour Party in zwei Nachwahlen zum Unterhaus Ende Oktober gesiegt hatte, brachte der 1. November die Bestätigung des Vorkampfes auf der ganzen Linie. Bei den Gemeindevahlen, die an diesem Tage in ganz England und Wales stattfanden (die schottischen Wahlen erfolgen am kommenden 8. November), hat die Labour Party über 700 neue Gemeindevorteilmandate zu ihren bisherigen Mandaten hinzugewonnen, und zwar auf Kosten aller anderen Parteien, zum überwiegenden Teil auf Kosten der Konservativen. Außer in London finden alljährlich am 1. November Gemeindevahlen statt, und zwar scheidet jedesmal ein Drittel des bisherigen Gemeindeparkaments aus, so daß das Gesamt-Kommunalparlament in drei Jahren erneuert ist. In London wird alle drei Jahre das gesamte Gemeindeparkament neu gewählt, und zwar im März in County Council, als Parlament der Gesamtstadt (die diesjährigen Wahlen im März brachten Labour erstmalig die absolute Mehrheit), und im November die Vertretungen der 28 Stadtbezirke. Labour, das bisher nur in vier von diesen Bezirken die Mehrheit hatte, hat jetzt die Mehrheit in 15. Vier der Bezirksvertretungen in östlichen Bezirken haben nur noch Labour-abgeordnete, ein weiterer Bezirk hat nur einen einzigen Oppositionellen. Freilich gibt es auch vier Bezirke im bürgerlichen Westen und Nordwesten, in denen kein einziger Labourvertreter gewählt wurde, sondern nur Konservative. Dennoch ist Labour in London stärker als jemals bisher.

Wenn man freilich die Wahlziffern beurteilen will, darf man sich nicht von den Zahlen blenden lassen. Man muß berücksichtigen, daß das Vergleichsjahr für die diesmaligen Wahlen 1931 war, das Jahr der Panik, in der die Labour Party von ihren damaligen Führern verlassen wurde, in der die Wählerschaft durch Schauermärchen in Angst und Schrecken versetzt wurde. 1931 hatte die Labour Party allein über 400 ihrer bisherigen Gemeindevorteilmandate verloren, so daß der diesmalige Gewinn nur zum kleineren Teil ein absoluter Gewinn ist, zum größeren Teil aber nur die Wiedergutmachung der Verluste von 1931. Eine genauere Analyse der Ziffern zeigt weiter, daß in der Provinz der Vorkampf der Labour Party über 1931 hinaus nur sehr geringfügig ist, daß fast der ganze Reingewinn auf London entfällt. Woran das liegt, ist natürlich schwer zu sagen. Der „Manchester Guardian“, der sich als einzige Zeitung ernsthaft mit diesem Phänomen befaßt, sucht die Erklärung in der starken Führerpersönlichkeit des Londoner Labourführers Herbert Morrison, dessen Anspruch auf die Führung der Gesamtpartei durch das Wahlergebnis nur gemachsen ist. Morrison hat seinen Wahlsieg durch ein kluges Rundschreiben an die neugewählten Labour-Abgeordneten ergänzt, das jede Möglichkeit der Vetterwirtschaft durch strengste Richtlinien ausschalten soll und ankündigt, daß auch die geringsten Amtsmißbräuche nicht nur nicht veruscht werden, sondern von der eignen Partei als erste angeprangert und bestraft werden.

Politisch darf der Labour-Wahlsieg nicht überschätzt werden. Er zeigt zwar, wie der Wind weht, aber er wird zunächst keine Folgen haben. Die Regierung denkt nicht daran, Neuwahlen zum Parlament vorzunehmen, wo ihre Mehrheit nach wie vor gewaltig ist. Das jetzige Parlament soll bis zum Frühjahr 1936 eventuell sogar bis zum Ablauf der Wahlperiode im Herbst 1936 zusammenbleiben. Bis dahin mag sich natürlich politisch mancherlei ändern. Ferner darf der Londoner Wahlsieg Labours nicht darüber täuschen, daß außer London nur noch wenige Großstädte wie Leeds und Sheffield von Labour beherrscht werden, während die nach London größten Städte wie Birmingham, Manchester und Liverpool sowie viele andere Großstädte noch wie vor eine starke bürgerliche Mehrheit besitzen. Auch können es die Eigenheiten des englischen Wahlsystems mit sich bringen, daß Wahlen in den verschieden abgegrenzten Bezirken der Kommunalwahlen ein anderes Bild zeigen als Wahlen in den größeren Parlamentswahlkreisen. So ist die Gemeindevahl vom 1. November zwar ein politisches Stimmungsbarmometer, aber direkte politische Konsequenzen sind nicht zu erwarten.

Es mag noch erwähnt werden, daß in London die Liberalen ihre sämtlichen Kommunalvertreter eingebüßt haben, und daß die Kommunisten von ihren 62 Kandidaten nicht einen einzigen durchgebracht haben. Die Faschisten haben gar nicht kandidiert.

## Das Parlament an der Arbeit

Das englische Parlament ist nach seinen langen Sommerferien wieder zu einer formell kurzen Tagung zusammengetreten. Es hat bereits das heftigste Aufreizungsgesetz in dritter Lesung verabschiedet (d. h. die Beratung im Oberhaus steht noch aus). Dieses Gesetz, das Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam unter besondere Strafen stellt, wurde zunächst von der Linksoption als erster Schritt zum Faschismus bezeichnet; aber im Verlauf der Beratung hat die Regierung so viele Milderungen und Verbesserungen vorgenommen, daß dieser Vorwurf sich nur noch schwer aufrechterhalten ließ. Dennoch hat die Opposition bis zum letzten Augenblick den Kampf durchgeführt, wenn auch mit weniger Leidenschaft als zuerst. Macdonald, mit dessen radikal-pazifistischer Vergangenheit dieses Gesetz sehr wenig harmonisiert, kam wiederholt in peinliche Situationen.

Die gegenwärtige Parlamentstagung wird Ende des Monats abgeschlossen. Wenige Tage später wird der König feierlich die neue Tagung mit einer Thronrede eröffnen. In dieser Tagung wird das bedeutendste Gesetzgebungswerk der jetzigen Regierung zur Beratung kommen, die Reform der indischen Verfassung. Hier wird die Opposition nicht wie bisher von links kommen, sondern vom rechten Flügel der Konservativen unter Führung Churchill. Im Parlament sind diese sogenannten Diehards schwach, wohl aber haben sie beträchtlichen

# Alle spanischen Gefängnisse überfüllt

## Ein Notruf aus einem Gefangenenenschiff

An Bord des Gefangenenenschiffs „Altuna Mendí“, Bilbao, am 29. Oktober 1934. Santurce.

Meine Freunde!

Durch Freunde, die in Freiheit sind, haben Sie sicher bereits gehört, daß ich in der Folge der revolutionären Bewegung am 22. dieses Monats verhaftet wurde und zwar unter der Beschuldigung, ein „bekanntes Element der Aktionsgruppen“ zu sein. Diese Beschuldigung ist vollkommen haltlos, denn meine einzige Tätigkeit war die in der Presse und in Anbetracht meiner besonderen Stellung als politischer Emigrant und der diesbezüglichen Bestimmungen internationalen Rechts beschränkte ich mich stets darauf, nur in außerspanischen Angelegenheiten zu intervenieren. Als Anhaltspunkt möge Ihnen noch dienen, daß mich die politische Polizei zunächst den Militärbehörden übergab, daß diese aber keinerlei Material fanden, das unter das derzeit wirkende Kriegsgesetz fielen. Trotzdem hielt man meine Haft als Maßnahme des Zivilgouverneurs von Bilbao — also keiner ordentlichen Gerichtsbehörde — aufrecht und lieferte mich am 23. in das Gefängnis ein, ohne mich auch nur einem Verhör unterworfen zu haben. Aus dem Gefängnis wurde ich gestern (28. Oktober) an Bord der als Gefangenenenschiff bestimmten „Altuna Mendí“ verbracht, die im Vorhafen Bilbaos (Santurce) verankert ist. Einen Verhör bin ich auch heute noch nicht unterzogen worden.

Die Ueberführung an Bord der „Altuna Mendí“ erfolgte wegen Ueberfüllung sämtlicher gewöhnlichen und provisorischen Kastelle in Bilbao. — An Bord dieses Schiffes befinden sich derzeit circa 200 Gefangene. Die Unterbringung erfolgte im Aufstichende des hinteren Vaderaums. In der Bilbaoer Presse vom Samstag (27. Oktober) wurde die Ueberführung bereits mit dem Zusatz angefügt, daß das Schiff entsprechend vorbereitet würde. Da die Presse in Spanien der durch die Militärbehörden ausgeübten Zensur unterworfen ist, wende ich mich an Sie mit der Bitte, vor den freien Menschen des zivilisierten Auslandes eine Protestaktion gegen das gegen die einfachen Menschenrechte verstoßende Vorgehen der spanischen Behörden gegen zum größten Teil unschuldige und wehrlose Gefangene zu unternehmen, und bin bereit, alle Angaben, die ich in diesem Briefe mache, unter Eid zu stellen.

Zunächst mache ich Sie darauf aufmerksam, daß ein großer Prozentsatz der Gefangenen keinem ordentlichen Gerichtsverfahren unterworfen sind. Ebenso werden die von den Militärgerichten freigelassenen Gefangenen vom Zivilgouverneur weiter festgehalten.

Als legale Dankschuldung zu diesem Vorgehen dient das „Gesetz der öffentlichen Ordnung“, vollkommen ungesetzmäßig und jeder zivilisierten Nation unwürdig, ist jedoch die Behandlung der Gefangenen. In Bilbao sind hunderte Gefangene inurchbaren Mißhandlungen unterworfen worden. Das Zentrum dieser Verbrechen ist das Kastello der Sicherheitspolizei in der Calle Escano. Alle Gefangenen, die aus diesem Vokal kommen, tragen am ganzen Körper die fürchtbaren Spuren der Geweßrößen und Gummimißbrauch. Zahlreiche derselben wurden blutig geschlagen und einige mußten in die Krankenstellen des Gefängnisses überführt werden. Zu den Mißhandlungen wurden einige der Gefangenen in einen dort befindlichen Kohlenver Schlag überführt. Als besonders schwere Fälle führe ich Ihnen folgende an:

Der Stadtverordnete von Galtorta, Kommunist und Arzt, Rufino Galtorta, der sozialistische Stadtverordnete von

Galtorta Constantino Turiel, und der Bürgermeister vom gleichen Ort (sozialist) Antonio Pujana wurden im Verlauf von 24 Stunden 6, 6 und erlicher 10mal verprügelt.

In besonders traurigem Zustand befindet sich letztgenannter Pujana. Der in Bilbao wohnhafte Circa 60jährige Gastwirt Rafael Carbonell, nahezu wahninnig infolge der unmenschlichen Behandlung, versuchte sich das Leben zu nehmen, indem er sich Messerschneide an der Schläfe beibrachte. Derselbe ist noch heute dort, während die ersten ins Provinzialgefängnis Bilbaos verbracht wurden. Mehrere Gefangene wurden damit bedroht, daß man sie „auf der Flucht erschießen“ würde, wenn sie nicht Gehändnisse ablegten. Ein solcher Fall ist mir aus Baracaldo bekannt, wo man den Gefangenen, namens Palajero, in der Nacht auf die Landstraße führte, ihn anforderte fortzulassen, worauf man 6 oder 7 Schüsse hinter ihm in die Luft abfeuerte.

Aus dem Gefängnis von Bilbao wurde zudem am 22. Oktober, 9 30 Uhr, der Häftling und sozialistische Stadtverordnete Blas Riota Jabala von Guardia Civil abgeholt und nach Baracaldo transportiert, wo man ihn aufforderte, Waffenverstecke anzugeben. Da ihm solche nicht bekannt waren, wurde er schwer mißhandelt und gemartert, indem man ihm z. B. an der linken Hand zwischen den Fingern einen primitiven Apparat (Mikroskop) anlegte, der die Finger in der Art von Taumenschnur zusammenquetscht. Am 28. Oktober vormittags erst kam dieser Gefangene ins Gefängnis zurück.

Die Unterbringung der Gefangenen an Bord dieses Schiffes ist ebenso menschenunwürdig. Das Schiff ist in keiner Weise vorbereitet, man beschränkte sich darauf, auf die nicht einmal geeigneten Eisenplatten des Vaderaums Stroblöcke zu werfen. Zwei an Deck befindliche Aborte sind vollkommen unzureichend für die Bedürfnisse von 200 Gefangenen. Der Vaderaum harzt vor Schmutz, der noch dadurch erhöht wurde, daß die Füße nicht überdeckt sind, so daß es Hineinregiere und viele Gefangene sich in den wenioren trockenen Winkeln zusammenziehen mußten. Keinerlei Spur deutet darauf hin, daß das Schiff, das seit Jahren außer Dienst ist, zumindest ausgetuschelt wurde. Die Gefahr einer Epidemie ist infolge dieser Zustände außerordentlich groß. Mißhandlungen sind bisher nicht vorgekommen, doch tragen auch die Körper der hier von der Sicherheitspolizei kommenden Gefangenen aronenhaft blutunterlaufene Spuren der erlittenen Mißhandlungen.

Im Namen der Menschlichkeit bitte ich Sie, von diesen Mißhandlungen den Gebrauch zu machen, den Sie für gut für das Schicksal meiner Leidensgenossen halten.

Mit Freundesgruß empfehle ich mich Ihnen...

Meinem Brief füge ich noch als Nachtrag bei, daß hier auch ein Kinderjäger ist, der erst im 16. Lebensjahr steht. Sein Name ist Jesus Abad, beheimatet in Bilbao.

Interessant ist auch die Geschichte eines Blinden namens Bilbao Unamuno aus Bilbao; derselbe wurde nach seiner Verhaftung ins Quartello geführt und als dort der Leutnant Vazquez erschien, fand er natürlich nicht auf, worauf man ihm mit der Faust ins Gesicht schlug und ihn fragte, warum er nicht aufstünde. (Anschließend der Leutnant selbst.) Als er antwortete, daß er blind sei, sagte man „dann erig recht“ und verletzte ihn noch verschiedene Faustschläge.

Einfluß in der konservativen Parteiorganisation. Sie können Baldwin mancherlei Schwierigkeiten machen.

Am Tage vor der Parlamentsöffnung fand ein jetzt schon traditionell gewordenes Frühstück der Macdonaldschen „Nationalen Labourgruppe“ statt, zu dem die Abgeordneten der Regierungskoalition eingeladen waren. Es sprachen die Führer der drei Gruppen, Macdonald, Baldwin und Simon. Macdonald, dessen Gesundheitszustand viel besser ist als vor seinem langen Urlaub, wie üblich pathetisch und verschwommen, Baldwin nüchtern und Simon, der hervorragende Jurist, klar und logisch, aber kühl. Neben einem recht interessanten Bekenntnis Macdonalds zur Aufrüstung, da England an der Grenze seiner Sicherheit angelangt sei (gerade aus dem Munde des Gefühlspazifisten Macdonald ist diese Erklärung von besonderer Bedeutung), war das praktische Ergebnis der drei Reden ein gemeinsames Bekenntnis zur Aufrechterhaltung der sogenannten nationalen Koalition. Daß Macdonald und Simon für die Fortsetzung der Koalition sind, ist kein Wunder, ohne Koalition wäre ihr Schicksal sofort besiegelt, sie existieren nur noch von konservativer Gnade. Praktischen Wert hat nur Baldwins Bekenntnis zur Koalition. Er und seine Partei könnten auch ohne Koalition existieren. Aber da auch die Koalitionsregierung in allen praktischen Fragen konservativ ist, so ist für Baldwin kein Grund gegeben, das nationale Bündnis abzuwerfen.

## Rüstungs- und Saarproblem

Außenpolitisch stehen zur Zeit neben den Rüstungsverhandlungen mit U.S.A. und Japan das Problem der Ab- oder besser Aufrüstung und die Saarfrage im Vordergrund der Erörterungen. Während man bisher in England nur unwillig von deutschen „Geheim“-Rüstungen sprach, ist das jetzt plötzlich anders. Bisher waren es nur einige Blätter der äußersten Rechten, wie „Daily Mail“, „Morning Post“ und gelegentlich auch „Daily Express“, die wiederholt von deutschen Rüstungen berichteten, und zwar einzig mit dem Zweck, mit diesem Argument erhöhte englische Rüstungen, vor allem in der Luft, zu fordern. Jetzt aber ist nicht nur eine Reihe von Büchern über die deutsche Aufrüstung erschienen und von der Presse eingehend besprochen worden, sondern einige der Regierung nahestehenden Blätter haben sich in längeren Artikeln mit dem Problem befaßt. Vor allem drei Artikel im „Daily Telegraph“ verdienen Erwähnung. Während man das Geschrei der Sensationsblätter vom Schlage der „Daily Mail“ in politischen Kreisen nicht ernst nimmt, ist es bei Artikeln des „Daily Telegraph“, der oft Sprachrohr der Regierung ist, anders. Das Material, das der „Daily Telegraph“ über den Stand der deutschen Aufrüstung veröffentlicht, ist auffeherregend, vor allem weil ein großer Teil des Materials aller Wahrscheinlichkeit aus Regierungsquellen stammt. Es scheint also, daß man im Regie-

rungslager anfängt unruhig zu werden. Welche Konsequenzen das haben wird, läßt sich noch nicht übersehen. Der blinde Gefühlspazifismus der Linken wie der ebenso blinde Gefühlsimperialismus der Presse Lords auf der Rechten erschweren der Regierung eine zugleich maßvolle und feste Politik.

Die Saarfrage wird in der Presse ebenfalls viel erörtert, vor allem seit der Erklärung Frankreichs, daß es bereit sei, im Falle eines Naziputsches seine Truppen auf Antrag der Völkerbundskommission einrücken zu lassen. Eine aktive Teilnahme englischer Truppen an einer solchen Aktion der kollektiven Friedensicherung kommt nicht in Frage, die öffentliche Meinung würde das nicht zulassen, aber die Regierung und ein Teil der öffentlichen Meinung würden eine Aktion Frankreichs moralisch decken. Es gehört zu den vielen Beispielen englischer Unlogik, daß gerade die Linkspresse, die theoretisch Kollektivaktionen gegen Friedensbrecher fordert, sich bei diesem ersten praktischen Fall mit Händen und Füßen sträubt, ohne freilich einen anderen Weg zu zeigen, auf dem ein Rechtsbruch der Nazis und ein blutiger Massenmord verhindert werden können.

Hitler und Schacht haben übrigens im Augenblick eine etwas günstigere Presse in England; Hitler, weil er im Rirchkonflikt scheinbar nachgegeben hat (dieser Konflikt hat die öffentliche Meinung Englands aufs Höchste erregt), und Schacht wegen des für England recht günstigen Handels- und Schuldenabkommens, das als angenehme Ueberraschung kam. Freilich das Mißtrauen ist nicht geschwunden.

## Der englische „Reichstagsbrand“

Ein Fremder, der dieser Tage in London spaziert, wird denken, London sei eine Stadt von unausprechlicher Armut. Alle zwei Minuten wird er von einer Horde von Kindern angebettelt mit den Worten: „A Penny for the Guy (sprich gei)“, oft sehen diese Kinder unglücklich dreckig aus, mit schwarzen Gesichtern, manchmal tragen sie merkwürdige bunte Rehen, manchmal allerdings auch sonderbare Masken. Doch dieses Betteln Ende Oktober, Anfang November hat nichts mit Armut zu tun. Es ist ein alter Volksbrauch. Die Kinder sammeln Geld für Feuerwerk, das am 5. November abgebrannt wird, am Guy Fawkes (sprich Gei Foks) Tag. Vor ca. 300 Jahren hat Guy Fawkes, ein politischer Fanatiker und Verschwörer, der auf der Seite der Papisten stand, den Versuch gemacht, das Parlamentsgebäude in Brand zu setzen. Er wurde noch rechtzeitig entdeckt (am 5. November) und später hingerichtet. Seitdem wird der 5. November, der Tag des „Beinahe-Reichstagsbrandes“, als eine Art Volksfest mit Abbrennen von Feuerwerk vor allem von den Kindern gefeiert. Ob wohl in 100 Jahren, wenn die Tragik dem Humor gewichen ist, der 28. Februar in Deutschland von den Kindern durch Abbrennen von Hermanns- und Josefs-Raketen gefeiert werden wird?

# Flüchtlinge aus Deutschland

## Tagung der Völkerbundskommission

London, 4. November 1934.

Die vom Völkerbund eingesetzte Kommission für Flüchtlinge aus Deutschland tagte während der vergangenen Woche in London, dem neuen Sitz ihres Büros.

Die Verhandlungen begannen mit einer zweitägigen Tagung des beratenden Ausschusses, indem etwa 20 nationale Flüchtlingskomitees, christliche und jüdische Organisationen, die sich der Flüchtlingsfürsorge widmen, und unter anderem auch die Gewerkschaftsinternationale (durch ihren Sekretär Schevenel) vertreten ist.

An die nichtöffentlichen Verhandlungen des beratenden Ausschusses schlossen sich Sitzungen des Verwaltungsausschusses der Kommission an, welcher die Vertreter der Regierungen umfasst.

In der Eröffnungsansprache, die in Abwesenheit des Präsidenten Lord Robert Cecil, vom belandischen Botschafters in Paris, M. Alberto Guani, geleitet wurde, erläuterte der hohe Kommissar, Mr. James Macdonald einen eingehenden Bericht über die Lage der nunmehr 6000 deutschen Emigranten. Nur 27000 von ihnen sollen bisher eine neue Heimat gefunden haben, die überwiegende Mehrzahl, 22000 in Uebersee und nur der relativ geringe Rest in europäischen Ländern. Mehr als 30000 deutsche Emigranten befinden sich noch im Zustand der absoluten Heimatlosigkeit. Ihre Lage wird von Tag zu Tag ungünstiger statt besser. Die Länder, in die sie weichen, haben zwar im allgemeinen ein Ergehen der hohen Kommission befohlen: Sie geben denjenigen deutschen Emigranten, die von ihrer Regierung keine Pässe erhalten, Identitätspapiere, die visumfähig sind und Reisen in andere Länder ermöglichen. Allzuoft aber müssen solche Reisen sehr unheimlich deshalb unternommen werden, weil Aufenthaltserlaubnisse abgelaufen sind und nicht verlängert werden! Frankreich, die Schweiz und Holland wurden im Bericht des hohen Kommissars als Beispiele solcher Länder genannt, die dergestalt die Lage der Emigranten erschweren. — Die fait von allen Ländern nach wie vor grundtätlich verweigerte und nur in Ausnahmefällen erreichbare Arbeitserlaubnis bildet ein weiteres schweres Hindernis für die Lösung des Emigrantenproblems.

Vor allem aber wird die Lage der deutschen Emigranten von der finanziellen Seite her immer schwieriger und in diesen Tagen geradezu verzweifelt: Ihre mitgebrachten Ersparnisse sind meist längst aufgebraucht. Ein Nachschub aus Einkommen oder Vermögen in Deutschland oder Unterhaltungen durch Angehörige in der Heimat sind infolge der deutschen Geldausfuhrverbote so gut wie unmöglich geworden. Mit dieser unglücklichen Entwicklung aber trifft die rasch zunehmende Erschöpfung der verschiedenen Hilfsfonds in den verschiedenen Ländern zusammen.

Der Ernst der so entstandenen Situation kam in den Forderungen zum Ausdruck, die der Bericht des hohen Kommissars diesmal mit verstärkter Energie zum Ausdruck brachte. Diese Forderungen wenden sich zunächst an Deutschland. Von diesem Lande wird eine Kooperation bei der Regelung eines Problems verlangt, das von seiner Politik nicht abgelehnt werden ist und, ungelöst, über kurz oder lang alle Länder bedrängen wird, deren Humanität es ablehnt, Emigranten verhungern zu lassen und vollkommen zu lassen. Wenn Deutschland 60000 seiner Einwohner, die es zur Emigration so oder so veranlaßt hat, unter die Wirkung seiner allgemeinen Desinfektionsmittel stellt und auf diese Weise von allen deutschen Einkommen, Vermögen oder sonstigen Unterhaltungsquellen vollständig abschneidet, so ist das nach der unbestreitbar richtigen Auffassung des hohen Kommissars keine innere deutsche, sondern eine internationale Angelegenheit. Der Völkerbund und die in der Kommission vertretenen Staaten haben sie aufzureifen, wenn von deutscher Seite eine Milderung des gegenwärtigen Zustandes nicht herbeigeführt wird.

Mit seinen weiteren Forderungen wendet sich der Bericht des hohen Kommissars an die Regierungen der Länder, in denen deutsche Emigranten weilen. Er legt ihnen eine für Holland ausgemachte Statistik vor, die ergibt, daß aus der Mitte der in Holland befindlichen 3000 deutschen Emigranten neue Industrien errichtet worden sind, die fast genau der gleichen Zahl holländischer Arbeitsträger Beschäftigung gaben. Mit dem Hinweis auf dieses Beispiel fordert er die Regierungen der anderen Länder in ihrem eigenen Interesse zu größerer Toleranz gegenüber einer Gruppe von Menschen auf, die gesellschaftlich und wirtschaftlich eingebunden von Nutzen sein können und da ohne zu einer dauernden Belastung für ihre Umwelt werden müssen.

Endlich ruft der Bericht alle Kreise, und besonders auch die Christlichen, zur Bereinigung weiterer Mittel auf, ohne die eine Fortsetzung der Arbeiten unmöglich sei.

Lord Robert Cecil, der Präsident der Kommission, unterstrich diese Forderungen in einer großen Rede, die er heute am Schluß der zwei Tage umfassenden Beratungen des Verwaltungsausschusses hielt. Er stellte in dieser Rede unter anderem fest, daß unter den deutschen Emigranten sich 20 Prozent Nichtjuden befänden, während von den für das Emigrantenwerk aufgebracht Mitteln nur 3 bis 4 Prozent aus nichtjüdischen Quellen stamme. Er betonte fernerhin, daß die Deutsche Regierung, wenn sie eine bestimmte Politik verfolgte, dafür sorgen müsse, daß die Folgen dieser Politik nicht zu einer Belastung anderer Staaten sich auswüchsen.

## Emigranten in England

### Eine Unterhaus-Debatte

London, 7. Nov. Im Verlauf der Debatte über die Expiring Laws Continuance Bill im Unterhaus erklärte Major Nathan u. a.:

Es ist mir Bedürfnis, dem Innenministerium für die Art, in der es die unglücklichen Flüchtlinge aus Deutschland, meine Glaubensgenossen, aufgenommen hat, zu danken. Ich und eine Anzahl Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft Englands haben die Persönlichkeit übernommen, daß kein deutscher Jude in England der öffentlichen Rache zur Last fällt. Jene Emigranten, die hier ihr Geld in Unternehmungen anlegen, bezeugen keinen Schmutz. Die in den von diesen Emigranten errichteten Unternehmungen Beschäftigten, mögen sie englische Untertanen oder Angehörige fremder Staaten sein, unterliegen den Gewerkschaftsbedingungen. Die Zahl der Arbeiter unter den Emigranten war verhältnismäßig klein und betraf meist solche, die über besondere technische Kenntnisse verfügten und englische Arbeiter in neuen Industriezweigen anlernen konnten. In einem nicht unbedeutlichen Maße haben deutsche Flüchtlinge englischen Menschen Arbeit verschafft. Eine neuangebaute Spinnfabrik beschäftigt rund 200 englische Arbeiter.

Zum Schluß trante Major Nathan, wie es kommt, daß einem weltberühmten Arzt, einer führenden europäischen Autorität in seinem Spezialgebiet, vom Innenministerium die Erlaubnis verweigert wurde, in England seinen Beruf auszuüben. Die Bestimmungen der Bill hinsichtlich der Ausweisung von Fremden, die der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen, bedürften durchsichtiger und Verbesserungen.

Der Unterhaussekretär im Innenministerium Captain Crofton erwiderte, die weitere Geltung der Fremden-Verfügungen sei notwendig; es scheide nicht um die politischen oder religiösen Ansichten der Flüchtlinge, sondern darum, ob irgendein Flüchtling der inneren Verwaltung Unannehmlichkeiten mache. Die Bill wurde in dritter Lesung angenommen.

## Durdis Guckloch

In Hitlerdeutschland ist der gewaltsame Tod noch wie vor gefragt; wenn's schon die Menschen, Marxisten und Juden, nicht mehr sind, bis auf weiteres und freibleibend natürlich, dann hält man sich wenigstens an die Säuhen. Der 30. Juni hat seine Indemnität und die zwölfhundert und einige Tote haben Frieden — der Zeitungsmord in Deutschland dagegen blüht weiter.

Der Bayerische Kurier ist seinem Herrn v. Kahr nun in die Engeheit nachgefolgt. Der Tag, in dem einst Herr Hunsong, immer in Dur, gegen Seuring harste, ging kopfüber. Die Deutsche Zeitung, einstmals Spezialorgan für alle Baltikamer und solche, die es noch werden wollten, hat ihre Morgenausgabe auf den Altar des unersättlichen Vaterlandes niedergelegt. Selbst der so geschäftstüchtige Herr Huck hat sich eine seiner eierlegenden Generalanzeigerhennen oben im Norden abschlachten lassen müssen. Die Frankfurterin ist so lech im hohen Segens des „Mitteln Reiches“, daß sie vor dessen Anbruch glaubte, mit pseudodemokratischen Leberknödeln für sich gewinnen oder doch unschädlich machen zu können, an Vorder- und Hinterkopf geworden, daß selbst die Pumpen von I. G. Farben, die wirklich noch in des Wortes buchstäblichem und symbolischem Sinne noch pumpen können, in naher Zeit schon den Betrieb einstellen wollen. Die Kölnische wird, wie man hört, endgültig am nächsten 1. Januar die Rettungsbarkasse ihres Stadtanzeigers mit wenigstens einem Teil der Besatzung herunterschmeißen, um sich selbst dann für immer auf den Meergrund hinabzugeben.

Die Zeitungen haben es mit dem (gedruckten) Wort zu tun. Im Anfang war das Wort — der logos der Bibel. Ja, und das ist eine Weisheit für die Ewigkeiten, das Grundgesetz der einzigen Majestät, die es gibt, des Alls, das unsere Wesenheit baut und dessen Rache für den Frevel unerbittlich ist. Sie, die Zeitungen, die jetzt sterben müssen, gaben vor, dem „Wort“, dem „Sinn“ der Dinge zu dienen und bezogen sich vor dem Falsifikat. Sie sagten Christus und sie meinten Kattana. Sie schrien Heil Hitler und schielten auf ihre Bankzinsen. Sie legten beim berühmten „Aufbau der Nation“ schwürend ihre Hand statt auf das Herz auf den Magen. Sie haben den „Logos“ geschändet, ein tieferer „Sinn“ erschlägt sie dafür jetzt.

Der Casus ist hoffnungslos. Sogar der Welt größter Chemistruist, eben I. G. Farben, können das nicht in einer oder auch vielen Aufsichtsratssitzungen sanieren!

Hermann Göring hat nun endlich, einem seit langem bestehenden Bedürfnis der Nation und seiner selbst Rechnung tragend, das bisher so schmerzlich vermählte Familienkapfen derer von Göring einem Berliner Atelier in Auftrag gegeben. Man las es in einer Pariser Zeitung und besch sich schnell den Ausgabebetag. Aber nein, es war keine Nummer vom ersten April vorigen Jahres. Inwieweit auch als Aprilscherz wäre die Angelegenheit homerisch.

Der dem Aprilscherz mit echter oder fröhlich erfundener Basis beigefügten Abbildung war zu entnehmen, daß das heraldische Zeichen des Herrn Generals in einem nackten Arm besteht, der aus irgend einer Substanz mit gerechter Faust hervorspringt. Es ist von dem Künstler direkt realistisch gesehen, wenn er den Arm in Nacktheit demonstriert. Wenn nun aber der Besitzer des nackten Armes das, was er braucht, um in sich den Staatsmann zu stimulieren, nicht in den nackten Arm, sondern, wie es wohl auch geschieht, in noch muskulösere Teile des Körpers zu injizieren pflegt? Wie hätte sich dann wohl der Heraldiker bildlich-realistisch verständlich machen sollen?

F. E. Roth.

## Gelegenheits-Angebot!

### Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

- Hef 1. Die erste Hilfe bei Unfällen. Von Dr. Christeller
- Hef 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein
- Hef 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff
- Hef 4. Der Achtstundentag. Von Dr. Zaack-Berlin
- Hef 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich
- Hef 6. Das Schilddrüse. Von Dr. Silberstein
- Hef 7. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes
- Hef 8. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein
- Hef 9. Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Eustach
- Hef 10. Frauenleiden. Von Dr. J. Zadek
- Hef 11. Von medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Theising
- Hef 12. Das Wasserleitungsnetz in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter
- Hef 13. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan
- Hef 14. Geschlechtliche Erziehung der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markus
- Hef 15. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Kwald
- Hef 16. Bau und Lebensstadium des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. Mit zahlreichen Illustrationen
- Hef 17. Die Krankheitsgeschichte. Von Edu. J. Bernstein
- Hef 18. Die Krankheitsgeschichte im Hause. Von Joh. Rinder-Mannheim
- Hef 19. Die Proletariatskrankheit, ihre Entstehung und Verbreitung. Von Otto Röhlin
- Hef 20. Die Schmarotzer der Menschheit. Von Dr. A. Lipschütz
- Hef 21. Die Krankheiten der Arbeiter. Mit zahlreichen Illustrationen
- Hef 22. H ut- und Haarpflege. Von Dr. B. Chajes-Berlin
- Hef 23. Wie helfen wir uns vor Herzkrankeheiten? Von Dr. E. Rehfisch
- Hef 24. Die Hygiene der Arbeiterwohnung. Von Hugo Hitzig-Homburg
- Hef 25. Die Schmarotzer der Menschheit. Von Dr. A. Lipschütz
- Hef 26. Die Krankheiten des Ohres, der Nase usw. Von Dr. H. Schwert
- Hef 27. Soort und Arbeiter. Von Dr. Silberstein
- Hef 28. Volksernährung. Von Dr. Julian Markus
- Hef 29. Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf. Von Dr. Zadek-Berlin
- Hef 30. Die Berufskrankheiten der Buchdrucker. Von Dr. Silberstein
- Hef 31. Die Berufskrankheiten der Bauarbeiter. Von Dr. A. Lipschütz
- Hef 32. Das Auge und seine Erkrankungen. Von Dr. W. Seeligmann
- Hef 33. Die Berufskrankheiten der Gasarbeiter. Von Dr. W. Haastler
- Hef 34. Die Berufskrankheiten der Schneider und Textilarbeiter. Von Prof. Dr. Graef
- Hef 35. Die Berufskrankheiten der Maurer und Bauarbeiter. Von Dr. med. E. Theising-Magdeburg
- Hef 36. Die Krebskrankheit. Von Dr. J. Zadek-Berlin
- Hef 37. Unsere Gesundheit. Von Dr. A. Lipschütz
- Hef 38. Die Berufskrankheiten der Maler, Anstreicher und Lackierer. Von Albert Fisch
- Hef 39. Die Berufskrankheiten der Landarbeiter. Von Dr. Gramsch
- Hef 40. Verstopfung und Durchfall, Darmkatarrh und Ruhr. Von Dr. L. Zadek

Jedes Heft kostet jetzt 50 Cts

Die Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollen in keiner Familie fehlen. Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und einzeln käuflich

Wo es der Inhalt erfordert, sind Abbildungen beigelegt

## Buchhandlung der Volksstimme

G. m. b. H.

Saarbrücken 2, Trierer Str. 24, Ecke Sophienstr.

## Welcher Mann sucht eine junge interessante Frau

Bis 19 Jahre alt, Bild, vernünftig, große elegante Erziehung, Stanzmann, selbst und kinstliebend. In Frage kommt nur ein, große, hochstehende Persönlichkeit von letzter Wopsmat, großer zählender Typ, im Alter von 30 bis 40 Jahren. Am liebsten Journalist, Künstler, Kaufmann oder Jurist. Nur entsprechende Zuschriften arbeiten mit Bild an die Geschäftsstelle des Blattes unter Chiffre M. R. 100

## Neue politische Bücher

### Konzentrationslager

Ein Appell an das Gewissen der Welt Ein Buch der Grausamkeit. Die Opfer tragen an Dachau, Brandenburg, Boppenburg, Königsfeld, Lichtenburg, Golditz, Gachenburg, Moringen, Hohnefeld, Reichenbach, Sonnenburg. 254 Seiten mit Original-Fotografien usw. Kartoniert Jr. 24.—

### Grenzen der Gewalt

Zusätze und Wirkungen bewaffneter Erhebungen des Proletariats von ... Kartoniert Jr. 6.—

### Julius Deutsch: Putzch oder Revolution

Handbemerkungen über Strategie und Taktik im Bürgerkrieg. Kartoniert Jr. 6.—

### Historicus! Der Faschismus als Massenbewegung

Sein Aufstieg und seine Zerlegung. Kartoniert Jr. 6.—

### Buchhandlung der Volksstimme

Saarbrücken 2, Trierer Str. 24, Ecke Sophienstr. Reunfiedchen, Hüttenbergstraße 41 Saarbrücken, Deutsche Straße 5 und allen übrigen Vertriebsstellen.

## BRIEFKASTEN

„Bucklitz“, Schweiz. Vielen Dank, wir haben den Text genau le gedruckt und werden den Redaktoren gerne dringen. Ihnen und allen Freunden herzliche Grüße.

Silber. Gut angekommen. Der Brief wird veröffentlicht.

„Eine Reichsmacht“. Sie machen uns auf folgenden Bericht in der „Vormarscher Zeitung“ vom 20. Oktober aufmerksam:

„Kruppen, 20. Okt. Die Sammlung für das Winterhilfswerk ergab 75 Meiner Marksteine, 1 Zentner Korn, 15 Pfund Gemüse und 1 Wert Bargeid.“

Tanz schreiben Sie und: „An Kruppen wohnen etwa 20 Bauernfamilien, darunter einige Großbesitzer. Es gibt dort auch noch Geschäfte, Metzgereien und Arbeiter. Alle zusammen haben eine Mark in der Hand und dann die übliche Menge an Naturalien. In den meisten ehemals hitlerischen Dörfern ist das Ergebnis noch magerer.“

Dr. jur. V. Ihrem Brief entnehmen wir mit Bedauern: „Ich habe bis jetzt in V. jeden Tag auf die Stunde gewartet, da Ihre Zeitung ankam. Wir lesen mit Begeisterung Ihr Blatt und wünschen Ihnen von Herzen einen vollen Erfolg, damit die künftigen Jahre in Deutschland bald ein Ende haben.“ — Wir arbeiten und jeder, der uns unterwirft, hilft mit.

„Züchthöfen“. Die Schreiben und während unseres Verbotes: „Aus Gründen der Zeitersparnis habe ich Ihnen trotz des Verbotes den Abonnementvertrag vom 15. Oktober bis 15. November überlassen, obwohl wir das Geld jeweils sehr fehlt, aber wir können ohne Ihr Blatt nicht mehr leben.“ — So wollen wir unteren Lesern verbunden sein, und Sie mit uns, Arbeit!

Kampfreud, Varenburg. Sie danken für Ihre Hilfskraft und werden Ihre Anregungen beherzigen. Doch Sie sind für den Arbeitsfonds wichtiger als ich. Besonders wertvoll. Zum Zaar Kampf schreiben Sie uns. Als ein treuer Helfer Ihres Blattes von seiner ersten Nummer an und verfolge mit glühender Begeisterung und tiefstem Interesse Ihren mutigen Kampf gegen die Barbaren. Denn nicht nur die Zaarbewohner, sondern die ganze geklütete Welt hat das allergrößte Interesse daran, daß am 15. Januar der Nationalsozialismus im Zaarreich seine erste große Niederlage erleidet. Tiefste Niederlage kann der Rufang vom Ende sein, ein Sieg des Nationalismus hingegen führt zu den schlimmsten Folgen für die ganze Welt führen. Am 15. Januar steht nicht nur das Schicksal des Zaarreiches vor Augen, am 15. Januar steht die Zukunft unserer Kultur und die Zukunft der Menschheit auf dem Spiel. Es muß sich zeigen, ob in einem relativ freien Lande, wo man das Wirken der Barbaren in überwachter Nähe beobachten konnte, sich trotzdem eine Wehrmacht findet, die bereit ist, für ihren eigenen Untergang (sich zu stimmen, falls dies der Fall ist, so muß man an der Zukunft der Menschheit verzweifeln. Denn ich bewerte, daß die Kulturbedingungen von fünf Jahrhunderten unerschütterlich waren, dann wird auch unsere Kultur von den Barbaren überlistet, genau so wie es einst die römisch-griechische wurde.“

Hier den Gesamtinhalt verantwortliche Johann V. in Dubweiler; für Lektorat: Otto Ruhn in Saarbrücken Notationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Zähringstraße 5. — Schriftlich 75 Saarbrücken.